

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2022) : Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 10, Iss. 1, pp. 2-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/251754>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

1/2022

17. März 2022, 10. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 2**

Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa drastisch verschlechtert. Rohstoff- und Energiepreise sind stark gestiegen, und die Sanktionen bringen den gesamten Russlandhandel nahezu zum Erliegen. Auch die deutsche Wirtschaft trifft es vor allem über einen Energiepreisschock, aber auch über unterbrochene Handelsströme und eine allgemeine Verunsicherung. Gleichwohl erhält die Konjunktur von der Aufhebung vieler Pandemie-Restriktionen einen kräftigen Schub. Das deutsche BIP wird 2022 um 3,1% zunehmen. Die ostdeutsche Wirtschaft wird vom Krieg kaum schwerer getroffen als die gesamtdeutsche Wirtschaft.

Konjunktur aktuell: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa drastisch verschlechtert. Die Preise für Rohstoffe und Energie und hier besonders für Erdgas sind stark gestiegen, die Sanktionen bringen den Handel mit Russland, der über Energielieferungen hinausgeht, nahezu zum Erliegen, und die Finanzmärkte werden von den eingetrübten Aussichten und der Möglichkeit russischer Zahlungsausfälle belastet. Im Fall eines Stopps der Gaslieferungen wäre für Deutschland mit einer Bewirtschaftung des Rohstoffs und einer scharfen Rezession vor allem im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Wenn, wie hier unterstellt, Gas weiter geliefert wird, ist der konjunkturelle Haupteffekt der Krise der Energiepreisanstieg, der zu Realeinkommenseinbußen der privaten Haushalte und zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen führt, insbesondere wegen des in Europa besonders teuren Erdgases. Auch werden Wertschöpfungsketten, die durch die Ukraine oder Russland führten, zerrissen. Der in den meisten Weltregionen schon vor Kriegsbeginn hohe Inflationsdruck verstärkt sich weiter. In den USA werden die geldpolitischen Zügel gestrafft, damit geht das Risiko eines Konjunkturabschwungs im Land selbst, aber auch weltweit einher.

Die deutsche Konjunktur trifft der Krieg in einer Erholungsphase, nachdem die Winterwelle der Pandemie den privaten Konsum und die wirtschaftliche Aktivität im Schlussquartal 2021 noch hatte schrumpfen lassen. Auch wenn die Pandemie noch keineswegs vorbei ist, dürfte die Erholung mit der Aufhebung vieler zur Pandemiebekämpfung erlassener Restriktionen im März an Schwung gewinnen. Denn die privaten Haushalte werden einen Teil ihrer während der Pandemie angesammelten Ersparnis in den kommenden Quartalen wohl zusätzlich verausgaben, was insbesondere den Dienstleistern zu Gute kommt. Die Produktion dürfte im zweiten Quartal deshalb recht kräftig expandieren. Freilich muss das Geld auch verwendet werden, um die höheren Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Die Teuerung, Ausfälle von Exporten nach Osteuropa und eine allgemeine Verunsicherung sind Kanäle, über die der Ukrainekrieg den gesamtwirtschaftlichen Zuwachs in der zweiten Jahreshälfte deutlich dämpfen wird.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2020 bis 2023

	2020	2021	2022	2023
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-4,6	2,9	3,1	1,5
darunter: Ostdeutschland ¹	-3,8	2,0	2,4	1,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-4,9	1,9	2,4	0,7
Tarifföhne je Stunde	2,2	1,3	2,8	3,3
Effektivlöhne je Stunde	3,3	1,8	2,2	3,2
Lohnstückkosten ²	3,4	0,8	1,3	2,8
Verbraucherpreisindex	0,5	3,1	4,8	3,2
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 920	45 377	45 528
Arbeitslose ³	2 695	2 613	2 299	2 249
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,9	5,7	5,0	4,9
darunter: Ostdeutschland ¹	7,3	7,1	6,6	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-2,4	-1,5
Leistungsbilanzsaldo	7,0	6,9	5,4	6,0

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH (Stand: 16.03.2022).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

Der Angriff auf die Ukraine ist ein Schock für die Konjunktur in Europa

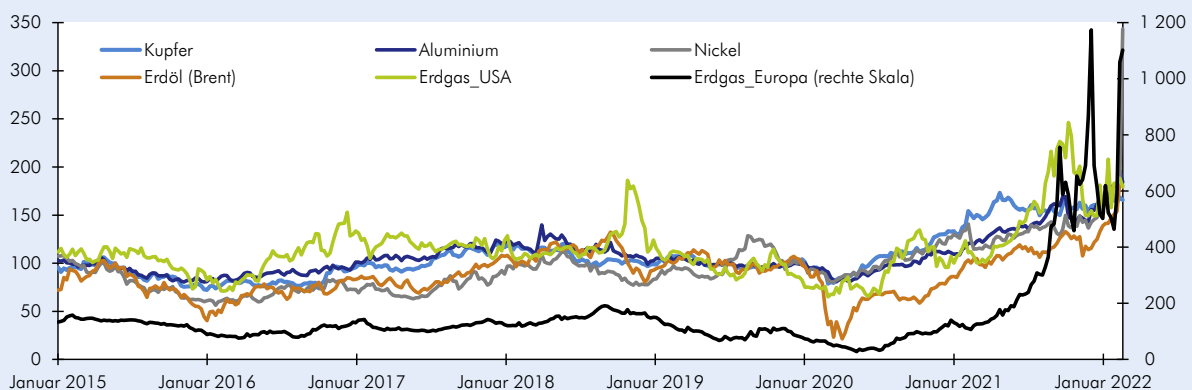
Seit dem 24. Februar 2022 haben sich mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine die Rahmenbedingungen für die Konjunktur in Europa dramatisch verschlechtert, und sie können vom militärischen und politischen Geschehen von Tag zu Tag neu verschoben werden. Für die Abschätzung der wirtschaftlichen Konsequenzen sind Annahmen über die geopolitischen Entwicklungen erforderlich. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass der Konflikt Russlands mit dem Westen in absehbarer Zeit vorübergeht. Stark vereinfacht sind **drei Szenarien denkbar**: eines, in dem die ökonomisch belastenden Faktoren im Jahr 2022 auf ihrem gegenwärtigen Stand in etwa unverändert bestehen bleiben, dann der Fall, dass sich die Krise durch einen Stopp von Gas- und Öllieferungen vonseiten Russlands verschärft, und schließlich der Fall einer Ausweitung des militärischen Konflikts über die Ukraine hinaus. Dieses letzte Szenario ist zwar nicht auszuschließen, wird hier jedoch nicht weiterverfolgt.

Als **Basisszenario** für die vorliegende Prognose dient das erste Szenario. Unabhängig davon, wie lange die militärische Auseinandersetzung anhält, bleibt die politische Konfrontation zwischen Russland und dem Westen unverändert, und es bleibt auch im Wesentlichen bei den verhängten und bereits außerordentlich weitreichenden wirtschaftlichen Sanktionen, welche einen großen Teil der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland weitgehend zum Erliegen bringen. Unter dieser Annahme kann das Ausmaß der Effekte entlang der wichtigsten Transmissionskanäle von der geopolitischen Krise hin zur Wirtschaft im Euroraum abgeschätzt werden. Diese Kanäle sind, in der Reihenfolge ihrer vermutlichen Bedeutung, die **Knappheiten bei Energie** und Rohstoffen, die sich in sehr hohen Preisen niederschlagen, die Belastung des europäischen **Finanzsektors**, die erhöhte **Unsicherheit**, welche Ausgabenentscheidungen von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen beeinflussen dürfte, und die Beschränkungen des **Außenhandels** mit Russland und der Ukraine sowie die damit verbundene Unterbrechung von Lieferketten. Hinzu kommen die ökonomischen Effekte der Fluchtmigration aus der Ukraine.

Die den russischen Finanzsektor betreffenden Sanktionen sind derzeit so zugeschnitten, dass die **Erdgas- und Rohöllieferungen** Russlands weiterhin entgolten werden können. Dementsprechend wird in der Europäischen Union (EU) im Basisszenario weiterhin russisches Gas eingekauft, und Russland setzt seine in längerfristigen Verträgen vereinbarten Lieferungen fort. Für die Fortsetzung der Lieferungen spricht, dass Russland mit einem vertragswidrigen Aussetzen der Lieferungen (zu dem es auch zu Sowjetzeiten nie gekommen war) seine Chancen verschlechtern würde, mittel- und langfristig der Hauptlieferant von Öl und Gas für die EU zu bleiben, und dass ein Verlust dieser Position für die russische Wirtschaft langfristig ausgesprochen kostspielig wäre. Auf der anderen Seite ließe sich in der EU russisches Gas kurzfristig nicht vollständig durch Rückgriff auf andere Lieferanten kompensieren.¹

Abbildung 1
Ausgewählte Rohstoffpreise

Durchschnittspreis, 2019 = 100

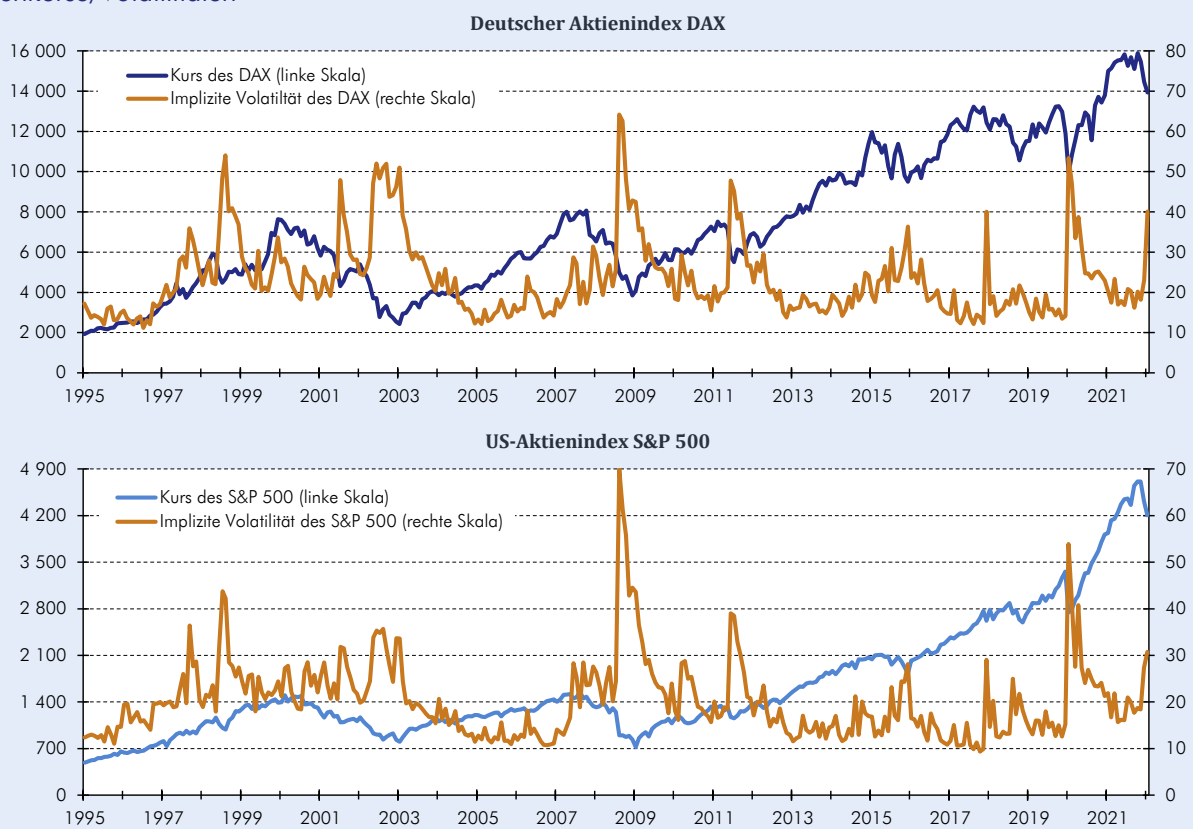


Quellen: LME; EEX; NYM; Refinitiv Datastream.

¹ Eine deutliche Reduktion der Abhängigkeit von russischem Gas könnte allenfalls mittelfristig erreicht werden, vgl. dazu [IEA: A 10-Point Plan to Reduce the European Union's Reliance on Russian Natural Gas, 03.03.2022](#) und [Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina: Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt, Ad-hoc-Stellungnahme vom 08.03.2022](#).

Fließt russisches Gas auch im weiteren Jahresverlauf nach Westen, können Rationierungen vermieden werden. Die Haupteffekte der Krise wären die schon hohen und gegenwärtig außerordentlich volatilen Preise für Energieträger und andere Rohstoffe (etwa Nickel), für die Russland ein wichtiger Lieferant ist. In Europa hat sich der Erdgaspreis gegenüber dem Jahr 2019 in etwa verzehnfacht (vgl. Abbildung 1). Wird unterstellt, dass die Preise im Bereich der Niveaus von Anfang März bleiben, nämlich bei 110 US-Dollar je Barrel (Brent) Erdöl und 130 Euro je Megawattstunde aus Erdgas, würde die etwa von der deutschen Wirtschaft zu tragende Erhöhung der ans Ausland fließenden Zahlungen für Energieträger deutlich über 50 Mrd. Euro und damit in einer Größenordnung von 1½% relativ zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Letzten Endes werden die privaten Haushalte einen Großteil der Mehrkosten zu tragen haben, was die Konsumnachfrage belastet. Auch ist zu erwarten, dass industrielle Produktion, in der Gas ein wichtiger Inputfaktor ist, erheblich an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verliert, denn der Gaspreis ist in Europa viel stärker gestiegen als anderswo. Schließlich wird es bislang geplante Investitionen geben, die aufgrund des Anstiegs der zu erwartenden Betriebskosten nicht mehr rentabel sind.

Abbildung 2
Aktienkurse/Volatilitäten



Quellen: Deutsche Börse; CBOE; Standard & Poors.

Die Belastungen für den europäischen **Finanzsektor** scheinen tragbar, es gibt aber auch Risiken. So ist den Finanzmärkten auf einen Schlag ein Großteil der russischen Finanzkraft abhandengekommen. Direkt von den Sanktionen betroffen sind etwa einige russische Großbanken und die Zentralbank, deren auf US-Dollar oder Euro lautende Währungsreserven eingefroren wurden. Es droht die Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates. Europäische Banken mit umfangreichem Russlandgeschäft haben deutliche Kursverluste hinnehmen müssen. Generell haben europäische Aktien seit Beginn der Krise erheblich an Wert verloren (der Euro Stoxx50 seit Anfang Februar um etwa 12%), und die implizite Kursvolatilität hat stark zugenommen. Kursverluste und Volatilitäten waren zwar zu Beginn der Coronapandemie im Frühjahr 2020 noch deutlich größer, damals haben sich die Märkte aber rasch wieder beruhigt (vgl. Abbildung 2). Noch kaum abschätzen lässt sich der Effekt der gestiegenen Unsicherheit auf das Ausgabeverhalten im Euroraum. Hier wird davon ausgegangen, dass die Gefahr einer Ausweitung des Krieges und mit ihr die Verunsicherung von Unternehmen und Haushalten in den nächsten Wochen abnimmt, sodass von dieser Seite die Wirtschaft nur wenig gedämpft wird.

Ferner dürfte ein Großteil des **Außenhandels mit Russland** und der Ukraine ausfallen. Die Exporte nach Russland haben in der EU mit einem Anteil von 3,1% im Jahr 2021 an den Gesamtexporten (Waren und Dienstleistungen) zwar keine allzu große Bedeutung, was wohl auch im Zusammenhang mit der seit einiger Zeit geringen Wachstumsdynamik Russlands steht (vgl. Kasten 1). Der Wegfall ist aber auch gesamtwirtschaftlich nicht vernachlässigbar. Zudem kann die Unterbrechung von Wertschöpfungsketten auch dann erhebliche Kosten verursachen, wenn der Anteil der fehlenden Zwischenprodukte an der gesamten Wertschöpfung an sich gering ist. So zwang Anfang März das Ausbleiben von Kabelbaum-Lieferungen aus der Ukraine deutsche Automobilwerke zum Produktionsstopp. Schließlich gehören Russland und die Ukraine auf den Weltmärkten für einige Grundnahrungsmittel, besonders von Getreide und Speiseöl, zu den größten Anbietern, deren Ausfall auch in der EU zu spüren sein wird.

Ein erhebliches **Risiko dieses Basisszenarios** liegt in der Möglichkeit, dass die Gaslieferungen von Russland in den Westen von einer der beiden Seiten gekappt werden. In diesem Fall dürften Gasspeicher, Eigenproduktion und vermehrte Lieferungen aus anderen Ländern, insbesondere in Form von Flüssiggas, ausreichen, den Verbrauch in diesem Jahr bis zum Ende der warmen Jahreszeit zu decken. Im Winter drohten dann aber die Vorräte auszugehen. Die Politik würde schon im Vorfeld die Bewältigung der Knappheit nicht allein dem Preismechanismus überlassen. Vielmehr wäre zu erwarten, dass die Versorgung privater Haushalte mit Wärme sowie die Stromproduktion in der Spitzenlast Vorrang erhalten und der Verbrauch von Gas in industriellen Fertigungsprozessen rationiert wird. Davon dürften etwa die chemische Industrie und die Metallerzeugung und -bearbeitung betroffen sein. Es wäre für diesen Fall mit einer scharfen Rezession im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen, die auch die Gesamtwirtschaft erfassen dürfte.²

Kasten 1

Die russische Wirtschaft ist strukturell schwach

Der Lebensstandard ist in Russland in den vergangenen Jahren deutlich hinter dem anderer Transformationsländer zurückgeblieben. Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner vor zehn Jahren noch über dem beispielsweise Polens lag, ist es in den vergangenen Jahren phasenweise gesunken und hinter das polnische zurückgefallen (vgl. Abbildung K1.1). Auch bei anderen Wohlfahrtsindikatoren, wie etwa der Lebenserwartung bei Geburt besteht eine deutliche Lücke gegenüber Polen oder Deutschland (vgl. Abbildung K1.2).

Abbildung K1.1
Reales BIP je Einwohner
In US-Dollar (2017)

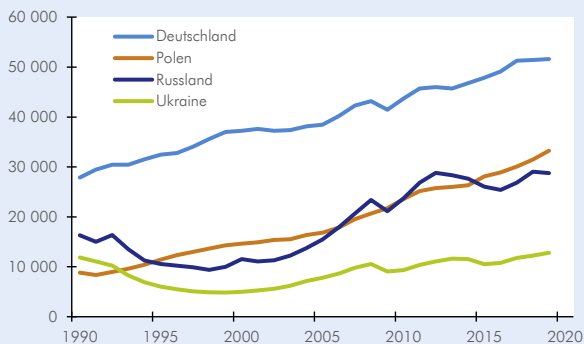
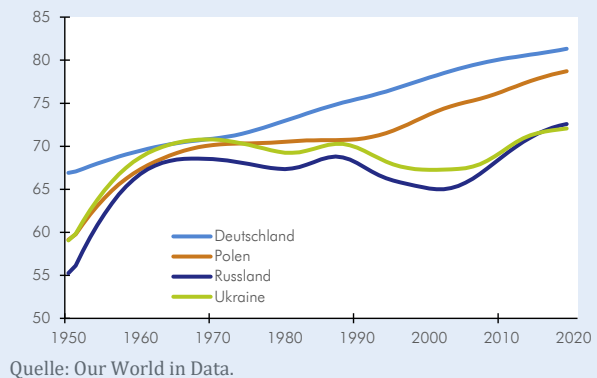


Abbildung K1.2
Lebenserwartung bei Geburt
In Jahren



Die Wirtschaftsstruktur Russlands ist viel stärker auf die Versorger (Wirtschaftsbereiche B, D und E) ausgelegt als in anderen Ländern (vgl. Abbildung K1.3). Das Land ist auf den Export von Öl und Gas angewiesen:

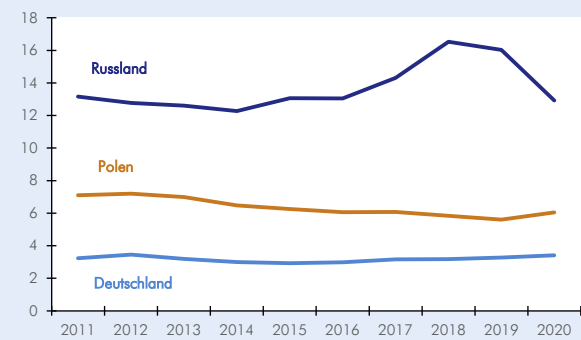
² Eine Studie von Bachmann et al. (2022) kommt zwar zu dem Ergebnis, dass ein Importstopp für russisches Gas nach Deutschland „handhabbar“ wäre (vgl. Bachmann, R.; Baqaee, D.; Bayer, C.; Kuhn, M.; Löschel, A.; Moll, B.; Peichl, A.; Pittel, K.; Schularick, M.: Was wäre, wenn ...? Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Importstopps russischer Energie auf Deutschland, in: *ECONtribute Policy Brief No. 29*, März 2022). Aber die Studie blendet steigende Energie- und Rohstoffpreise, punktuelle Lieferengpässe, Konsumzurückhaltung durch Verunsicherung und realwirtschaftliche (Folge-)Kosten staatlicher Hilfsmaßnahmen weitgehend aus. Die tatsächlichen Effekte auf die deutsche Konjunktur dürften insgesamt deutlich stärker ausfallen als die lediglich aus den in der Studie berücksichtigten Kanälen.

In den Jahren 2017 bis 2020 betrug der Anteil der Öl- und Gasindustrie am Bruttoinlandsprodukt zwischen 15% und 21%, und sie erzielt etwa die Hälfte der Exporteinnahmen des Landes. Aus dem Wirtschaftszweig speisen sich (mit ebenfalls starken Schwankungen) mehr als ein Drittel der Einnahmen des russischen Staatshaushalts. Dennoch war der Offenheitsgrad (die Summe aus Exporten und Importen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) bereits vor den jüngsten Sanktionen seit Jahren rückläufig. Russland hat an den Wohlfahrtsgewinnen durch die zunehmende Internationalisierung von Wertschöpfungsketten (Spezialisierung) somit kaum Teilhabe.

In dem Fünfjahreszeitraum vor Ausbruch der Corona-Krise war das russische Wirtschaftswachstum besonders schwach. Dazu dürften der Ölpreisverfall im Jahr 2014 sowie die Sanktionen infolge der Annexion der Krim sowie beigetragen haben.^{K1} Der Beitrag der totalen Faktorproduktivität zum Wirtschaftswachstum war in dem Zeitraum 2015 bis 2019 sogar negativ (vgl. Abbildung K1.4). Aber auch der Kapitalstock hat zuletzt kaum noch zugelegt. Der Mittelaufwand für die Kriegsausgaben und die weitgehende Abkopplung von internationalen Güter- und Kapitalströmen verschlechtern die ohnehin schwachen Wirtschaftswachstumsperspektiven nun zusätzlich.

Abbildung K1.3

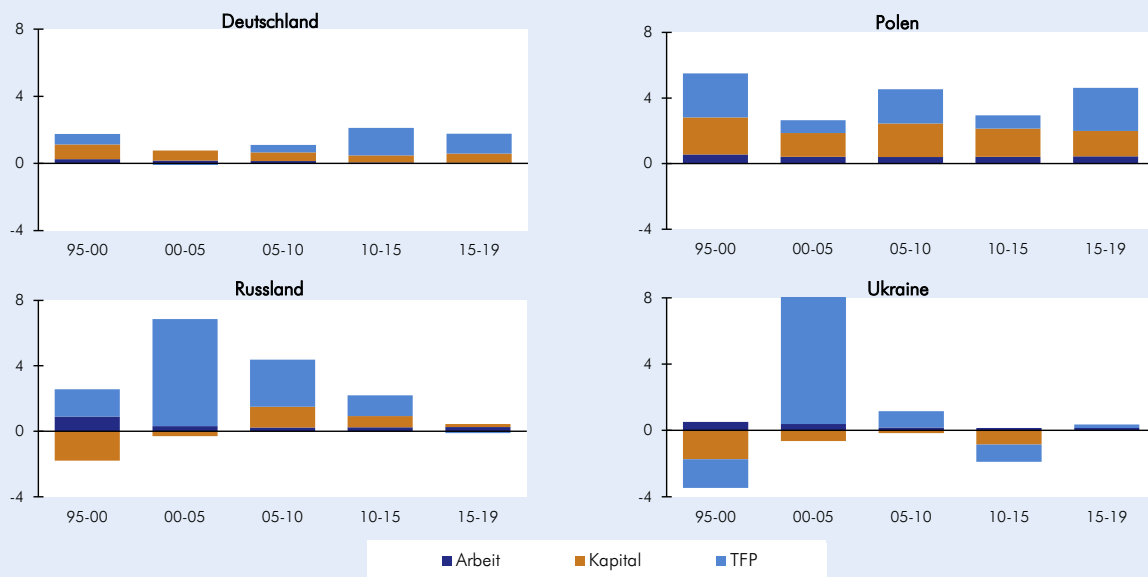
Anteil der Wirtschaftszweige Bergbau, Energie- und Wasserversorgung an der Wertschöpfung
In %



Quelle: Refinitiv Datastream.

Abbildung K1.4

Wachstumszerlegung (Prozentpunkte)



* Die Balken zeigen die Beiträge von Arbeit, Kapital und totaler Faktorproduktivität zum Wirtschaftswachstum in den jeweiligen 5-Jahres-Perioden. Die Beiträge wurden anhand einer Wachstumszerlegung nach Solow mit den jeweiligen Anteilen des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen als Gewichtungsfaktor berechnet.

Quellen: Penn World Table 10.0; Berechnungen des IWH.

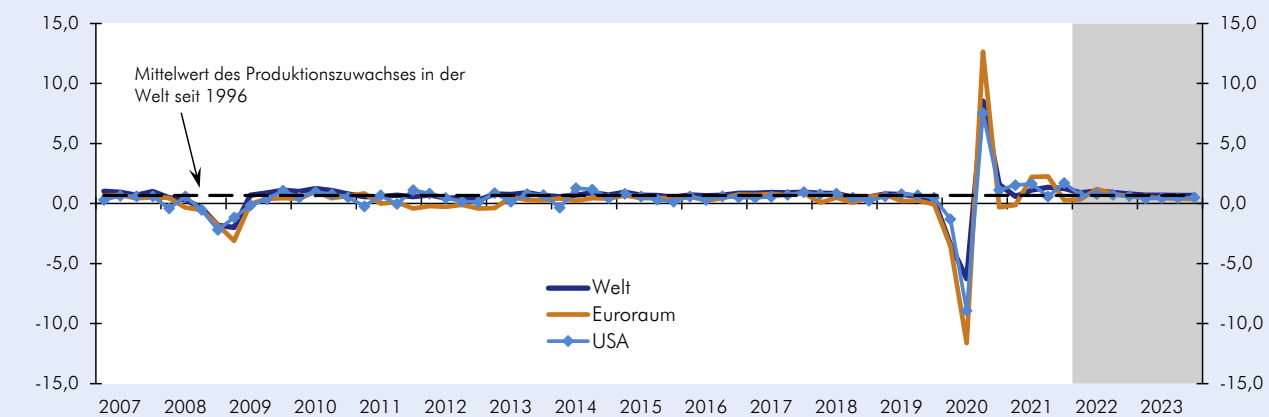
^{K1} So finden etwa Crozet und Hinz (2020) sowie Flach et al. (2020) negative Effekte der Sanktionen auf den bilateralen Handel zwischen Russland und der EU sowie auf die Wirtschaftsleistung (vgl. Crozet, M.; Hinz, J.: Friendly Fire: The Trade Impact of the Russian Sanctions and Counter-sanctions, in: *Economic Policy*, Vol. 35 (101), 2020, 97–146; Flach, L.; Larch, M.; Yotov, Y.; Braml, M.; Gröschl, J.; Teti, F.; Steininger, M.; Schneider, G.: Die volkswirtschaftlichen Kosten der Sanktionen in Bezug auf Russland. *ifo STUDIE*, München 2020).

Der Krieg dürfte auch in **mittlerer Frist** erhebliche wirtschaftliche Folgen haben. Die Zahl der Flüchtlinge, die in der Europäischen Union Zuflucht suchen, nähert sich der Drei-Millionen-Grenze. Zudem wird die Politik in vielen EU-Mitgliedsländern bestrebt sein, die Energieversorgung aus der Abhängigkeit von russischen Lieferungen nach und nach zu lösen, und die Kosten dafür werden auch gesamtwirtschaftlich erheblich ins Gewicht fallen. Auch wird eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, mit der nicht nur für Deutschland zu rechnen ist, die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand, von privaten Haushalten und des Unternehmenssektors einengen.

Vor Kriegsbeginn war die Weltkonjunktur recht kräftig

Im Winterhalbjahr 2021/2022 war die Weltwirtschaft weiter auf Erholungskurs. Welthandel und Industrieproduktion haben im Schlussquartal 2021 recht kräftig expandiert. Ein Hauptgrund dafür ist wohl, dass in Ostasien etliche pandemiebedingte Schließungen von Fabriken und Häfen aufgehoben werden konnten. In den USA bauten die Unternehmen im Zuge der dortigen Erholung ihre Läger deutlich auf. Allerdings erlitt die Konjunktur im Euroraum durch eine neuerliche Pandemiewelle einen deutlichen Rückschlag (vgl. Abbildung 3). Auch im ersten Quartal 2022 sind die pandemischen Wellenbewegungen für die internationale Konjunktur mitbestimmend: In den USA und in Europa sind die Infektionszahlen deutlich zurückgegangen, und Restriktionen werden unterschiedlich zügig abgebaut. Jüngst nimmt die Omikron-Welle allerdings verschiedentlich wieder Fahrt auf, besonders in Ostasien, und die Null-Covid-Strategie Chinas scheint kaum mehr zu halten zu sein. Aus globaler Perspektive und auf das ganze Jahr 2022 hin gesehen stehen die Chancen allerdings gut, dass die nun vorherrschende, weniger gefährliche Omikron-Variante der Pandemie die Wirtschaft immer weniger beeinträchtigt.

Abbildung 3
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2022 und 2023: Schätzung und Prognose des IWH.

Zurzeit ist aber vor allem in China mit pandemiebedingten Unterbrechungen von Produktionsprozessen und Transportwegen zu rechnen, und weiterhin dürfte das Verhältnis zwischen Dienstleistungs- und Warennachfrage zugunsten letzterer verschoben sein. Kräftige Preiserhöhungen im Verarbeitenden Gewerbe sind die Folge, und das Problem der Lieferengpässe ist kaum kleiner geworden. Zwar dürfte eine zaghafte Produktionsausweitung im globalen Automobilbau auch auf bessere Versorgung mit Mikrochips zurückzuführen sein. Andererseits ist laut Europäischer Kommission der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, für die der Mangel an technischer Ausstattung und an Vorleistungsgütern Produktionshindernisse darstellen, im Februar sogar noch etwas gestiegen, im Euroraum auf 54%, in Deutschland gar auf 89%. Auch sind die Kosten des Schiffstransports unverändert hoch. Die ohnehin schon recht hohen Preise für Energieträger und Industriemetalle sind mit Ausbruch des Krieges noch einmal erheblich gestiegen.

Entsprechend hat sich die Verbraucherpreisinflation vielerorts rasant erhöht: im Februar in den USA auf 7,9% (den höchsten Wert seit 1981) und im Euroraum auf das dortige Allzeithoch von 5,8%. Energie ist für die Verbraucher in beiden Regionen knapp 30% teurer als vor einem Jahr. Verschieden ist dagegen der interne Inflationsdruck: In den

USA sind die Preise für Dienstleistungen und die Löhne ebenfalls kräftig gestiegen, im Euroraum nur verhalten. Entsprechend ist auch zu erwarten, dass die Zentralbanken unterschiedlich auf die hohe Inflation reagieren. Die US-Notenbank hat den Leitzins bereits Mitte März um 25 Basispunkte angehoben und für Ende 2022 erwarten die Märkte einen Leitzins zwischen 1,75 und 2,0%. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf ihrer Märzsession in Aussicht gestellt, ihre Nettoanleihekäufe nach Juni 2022 einzustellen. Sie dürfte aber aufgrund der besonderen Risiken des Krieges für den Euroraum von Zinsanhebungen zunächst noch absehen. Viele andere Zentralbanken haben dagegen schon begonnen, auf den Inflationsdruck mit Zinserhöhungen zu reagieren oder werden dies bald tun. Zwei wichtige Ausnahmen sind China und Japan, denn in beiden Ländern ist der interne Inflationsdruck weiterhin niedrig.

Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2022 insgesamt leicht restriktiv ausgerichtet sein, weil die umfangreichen pandemiebedingten Transfers deutlich zurückgehen. An ihre Stelle treten Ausgabenprogramme (in den USA der *Infrastructure Investments and Jobs Act*, das Next-Generation-EU-Programm der Europäischen Union und ein umfangreiches Ausgabenprogramm in Japan), die insgesamt aber nicht an das pandemiebedingte Transfervolumen heranreichen dürften. Daran dürfte auch die kriegsbedingte Erhöhung der Staatsausgaben in Europa nichts ändern.

Die internationale Konjunktur wird in diesem Jahr vom Krieg in Osteuropa gedämpft. Der wesentliche Übertragungskanal dürfte der starke Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise sein. Dieser wird in den Importländern die Kosten der Produktion von Industriegütern und Nahrungsmitteln verteuern sowie die Realeinkommen der privaten Haushalte reduzieren. Was auf der anderen Seite die Wirtschaft stimuliert, ist der Rückzug der Pandemie. Solange sie anhält, haben die privaten Haushalte in vielen Ländern freiwillig oder gezwungen Konsumverzicht geübt und ihre Sparguthaben deutlich erhöht. Sie könnten in diesem Jahr ihr Ausgabeverhalten also nicht nur normalisieren, sondern erheblich ausweiten. Außerhalb Europas stehen die Chancen immer noch gut, dass sich die kräftige Erholung fortsetzt. In Europa dürfte sie wegen des Krieges deutlich schwächer ausfallen, denn dort ist der Anstieg der Gaspreise besonders drastisch und die allgemeine Verunsicherung besonders hoch. Die Produktion dürfte im Euroraum um 3,8% ausgeweitet werden, im Jahresausblick des IWH vom Dezember war noch eine Rate von 4,1% prognostiziert worden. Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2022 um 3,8% und im Jahr 2023 um 3,1% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 3,4%. Für das Jahr 2023 wird eine Expansionsrate von 3,0% prognostiziert (vgl. Kasten 2).

Kasten 2

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist aufgrund der Euroabwertung etwas gestiegen und liegt im Prognosezeitraum in etwa auf dem Niveau des Jahres 2016. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 3,4% und im folgenden Jahr um 3,0% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz im Frühjahr 2023 auf 0,25% anheben wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 111 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 112 US-Dollar.

Über den Fortgang der Pandemie in Deutschland wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen nach einem nicht übermäßig starken Anstieg in März und April im Lauf des zweiten Quartals zu sinken beginnen und im Herbst auf niedrigem Niveau bleiben. Die nach dem 20. März noch verbleibenden Eindämmungsmaßnahmen werden das Sommerhalbjahr über nach und nach aufgehoben.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Zwar hat die neue Bundesregierung für das laufende Jahr bereits zahlreiche expansiv wirkende finanzpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 und die Anhebung der Werbungskostenpauschale und des Grundfreibetrags rückwirkend zum 1. Januar 2022. Hinzu kommen weitere Entlastungen von Unternehmen und privaten Haushalten zur Abfederung des Anstiegs der Energie- und sonstigen Verbraucherpreise, wie die Anhebung der Pendlerpauschale, ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeld-

empfänger und einmalige Zuschüsse für Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Armut bedrohte Kinder. Außerdem wirken die Einführung der Grundrente, die Pflegereform, ein weiterer Pflegebonus und die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben expansiv. Zudem wurden bereits ergriffene Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verlängert. Hierzu zählen die Überbrückungshilfen, der erleichterte Zugang zur Grundsicherung, die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit oder die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen mit dem in dieser Prognose unterstellten Abflauen der Pandemie immer weniger in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wirken die Wiedereinführung des Nachholfaktors bei der Rentenanpassung und diverse steuerliche Maßnahmen, etwa bei der Tabaksteuer, nachfragedämpfend, so dass sich im Jahr 2022 insgesamt ein restriktiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergibt (vgl. Tabelle A13).

Im Jahr 2023 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand nochmals restriktiver ausgerichtet sein als im laufenden Jahr. Zum einen entfallen die Corona-Maßnahmen dann annahmegemäß komplett, zum anderen steigt der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte. Außerdem dürfte der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich steigen. Obwohl dann die Verteidigungsausgaben weiter erhöht werden, investive Maßnahmen in den Klimaschutz anlaufen, der Sparerfreibetrag angehoben und Entlastungen bei der Rentenbesteuerung greifen, ergibt sich dennoch ein restriktiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im gesamten Prognosezeitraum dürften allerdings weitere Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom November 2021 umgesetzt werden, die den nachfragedämpfenden Effekt der Finanzpolitik weiter schmälern würden.

Die hohen weltwirtschaftlichen **Risiken** kommen zu einem erheblichen Teil von außerhalb der ökonomischen Sphäre. Zum einen ist die Pandemie vor allem in China noch nicht ausgestanden, und die Welt wird weiter mit der Möglichkeit eines Auftretens gefährlicher Virusvarianten leben müssen. Zum anderen kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland nach der Ukraine weitere postsowjetische Länder angreift oder die NATO in die kriegerische Auseinandersetzung verwickelt wird. Dies würde massive wirtschaftliche Konsequenzen haben. Aber auch ohne weitere Eskalation gefährdet der Krieg die globale Rohstoffversorgung und die Stabilität der Finanzmärkte. Er hat auch die schon vorher bestandenen inflationären Risiken noch einmal verschärft. Bleibt die Inflation längere Zeit so hoch, werden Unternehmen und Haushalte ihr Vertrauen in mittelfristig stabile Preise verlieren. In den USA muss die Notenbank deshalb die Zinsen deutlich erhöhen und damit das Risiko eines Konjunkturabschwungs eingehen, und zwar nicht nur für das Land selbst, sondern wegen der globalen Bedeutung der amerikanischen Finanzmärkte auch darüber hinaus. Im Euroraum sind die Risiken anders gelagert: Der EZB dürfte die Entscheidung, ihre Geldpolitik deutlich zu straffen, schwerfallen, zum einen wegen der Nähe des Krieges, aber auch weil einige Mitgliedsstaaten des Währungsraums auf niedrige Finanzierungskosten angewiesen sind.

Deutsche Wirtschaft überwindet Pandemieschock und kämpft mit Folgen des russisch-ukrainischen Kriegs

Durch den Ukrainekrieg ist der **Verlauf der Pandemie** in Deutschland im öffentlichen Bewusstsein etwas in den Hintergrund getreten. Er ist aber für die Konjunktur weiterhin von großer Bedeutung. Zwar steigen die täglichen Infektionszahlen, weil aber etwa drei Viertel der Bevölkerung vollständig geimpft ist und die vorherrschende Omikron-Variante zumeist einen milden Verlauf hat, scheint keine Überlastung des Gesundheitswesens zu drohen. Am 20. März 2022 werden deshalb viele zur Pandemiebekämpfung erlassene Restriktionen, etwa die Homeoffice-Regeln, aufgehoben. Auch wenn die Pandemie noch nicht vorbei ist, dürfte die deutsche Konjunktur dadurch einen kräftigen Schub erhalten. Noch im **Schlussquartal 2021** hatten die Winterwelle der Pandemie und die mit ihr einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen den privaten Konsum um 1,8% und die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland um 0,3% schrumpfen lassen. Größere Einbußen gab es etwa im Einzelhandel und in der Gastronomie, aber auch der Wirtschaftszweig Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheitswesen trug erheblich zum Produktionsrückgang bei (vgl. Tabelle A12). Dagegen ging es mit der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und mit den Exporten bereits wieder aufwärts. Vermutlich haben die Lieferengpässe die Produktion etwas weniger behindert als zuvor, und die schon seit Längerem hohe internationale Industriegüternachfrage konnte etwas besser bedient werden.

Mit der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist im Schlussquartal 2021 auch der in Stunden gemessene Arbeitseinsatz zurückgegangen. Dennoch hat sich die Erholung auf dem **Arbeitsmarkt** weiter fortgesetzt: Die Beschäftigung wurde deutlich ausgeweitet und ist mittlerweile fast wieder auf Vorkrisenniveau, die Zahl der offenen Stellen übertrifft das ihre sogar. Die Tariflöhne sind dagegen bis zuletzt langsamer gestiegen als vor der Pandemie, auch weil statt regulärer Lohnerhöhungen Einmalzahlungen verabredet werden und sich einige Neuabschlüsse herauszögern. Wenn die Effektivverdienste trotzdem im Jahr 2021 deutlich gestiegen sind, dann vor allem wegen der deutlichen Erholung der Zahl an Arbeitsstunden. Die Kurzarbeiterquote, also der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ist stark gefallen, bleibt aber mit (nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit) knapp 2% am Jahresende immer noch deutlich höher als im langjährigen Schnitt. Alles in allem lagen die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Schlussquartal 2021 um 3,7% höher als ein Jahr zuvor, die **Konsumentenpreise** sind aber noch deutlich schneller gestiegen, gemessen am Deflator des privaten Konsums um 4,5%. Dies lag vor allem am starken Anstieg der Preise für importierte Rohstoffe. Allerdings ist auch der inländische Preisdruck trotz Lohnzurückhaltung erheblich. So übertraf der BIP-Deflator sein Vorjahresniveau um 4,9%. Die kräftige gesamtwirtschaftliche Nachfrage dürfte sich im ersten Quartal 2022 auch wieder in höheren Produktionszahlen niederschlagen; im Januar wurde im Verarbeitenden Gewerbe so viel produziert wie seit Beginn der Pandemiekrise nicht mehr. Das gilt auch für den Bau, der allerdings wohl auch von der milden Winterwitterung profitierte. **Im weiteren Verlauf des Jahres 2022** dürften von der Aufhebung der meisten Maßnahmen zur Pandemieeindämmung erhebliche Impulse für den privaten Konsum ausgehen, wovon vor allem viele Dienstleistungen profitieren werden. Die Sparquote der privaten Haushalte, die im Schlussquartal 2021 mit 12,5% immer noch leicht erhöht war, dürfte auf 8,1% Ende 2022 und damit deutlich unter ihren langjährigen Durchschnittswert zurückgehen, denn ein Teil der während der Pandemie angesammelten Übersparnis der privaten Haushalte von mehr als 4% relativ zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2021 wird in den kommenden Quartalen wohl zusätzlich verausgabt werden. Zudem profitieren die Arbeitnehmerinnen von der dreimaligen Erhöhung des Mindestlohns im Jahr 2022, welche Anstiege auch in höheren Lohngruppen zur Folge haben dürfte. Ab Oktober wird der Mindestlohn mit 12 Euro je Stunde 25% höher liegen als ein Jahr zuvor. Die Kostensteigerung dürfte zu großen Teilen an die Konsumenten weitergeben werden, und die Arbeitsnachfrage der Unternehmen dürfte etwas gedämpft werden.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine belasten die konjunkturelle Erholung erheblich.³ Dabei ist gegenwärtig kaum abzuschätzen, wie sehr kriegsbedingte Verunsicherung private Haushalte und Unternehmen dazu bewegen werden, größere Ausgabenentscheidungen erst einmal zu verschieben. Greifbarer sind die Verluste an Realeinkommen für die privaten Haushalte aufgrund des kriegsbedingt abermaligen Anstiegs der Verbraucherpreise, die bereits im Februar 5,1% über Vorjahresniveau lagen. Die Haushalte werden also auch weniger sparen, um die höheren Preise bezahlen zu können, vor allem für Kraftstoffe, Heizung und Strom.⁴ Die Senkung und der für die Jahresmitte angekündigte Wegfall der EEG-Umlage für Stromkunden fällt demgegenüber nur wenig ins Gewicht. Die hohen Energiekosten verteuern zudem eine Vielzahl weiterer Produkte, etwa von Nahrungsmitteln. Auch verlieren europäische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, für die Erdgas ein wichtiger Inputfaktor ist, etwa in der Chemieindustrie, an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, weil die Erdgaspreise in Europa viel stärker gestiegen sind als anderswo. Schließlich entfällt ein Großteil des Russland- und des Ukrainegeschäfts, das zuletzt reichlich 2% der deutschen Warenexporte ausgemacht hat. Dennoch dürften die Exporte im Jahr 2022 recht kräftig zulegen, denn mit dem Rückgang der Pandemie wird die Weltwirtschaft insgesamt ihren Erholungskurs fortsetzen, und auch die Lieferengpässe dürften in der Tendenz abnehmen. Die Anlageinvestitionen werden wohl nur moderat expandieren, vor allem, weil die Bauwirtschaft an ihren Kapazitätsgrenzen arbeitet, die kurzfristig kaum erweitert werden können.

³ Allein der Ölpreisanstieg dürfte für sich genommen das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,5% bis etwa 1% im Jahr 2022 dämpfen; die Größenordnung des Ölpreisanstiegs entspricht etwa derjenigen des Ölpreisverfalls im Jahr 2014, für den Drygalla et al. (2015) entsprechende stimulierende Effekte geschätzt haben (vgl. Drygalla, A.; Gießler, S.; Holtemöller, O.: Konjunkturelle Effekte des Ölpreisfalls in den Jahren 2014 bis 2016, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 4/2015, 721–735).

⁴ War der Erdgaspreis in Europa an der Börse (EEX) im vierten Quartal 2021 mehr als fünfmal so hoch wie ein Jahr zuvor, so lag der von den deutschen Verbrauchern zu zahlende Erdgaspreis nur um etwa 6% höher. Im Januar ist dieser Wert allerdings schon auf 19% gestiegen.

Kasten 3**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Für den Projektionszeitraum (2021 bis 2026) ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,0% (vgl. Tabelle K3).

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der im September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten mittelfristigen Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035.^{K1} Die darin enthaltenen zwei Szenarien für die Zuwanderung sind darin als Ober- bzw. Untergrenzen der zu erwartenden tatsächlichen Bewegungen beschrieben. Analog zum Vorgehen der Gemeinschaftsdiagnose^{K2} legt diese Projektion als wahrscheinlichstes Szenario eine Nettozuwanderung zugrunde, die dem Mittelwert der beiden Szenarien entspricht. Demnach würde sie zunächst bis auf 335 000 Personen im Jahr 2023 steigen, bevor sie im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder langsam zurückgeht.

Tabelle K3**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2020 ²		1996-2020		2020-2026	
Produktionspotenzial	1,2		1,3		1,0	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,3	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	0,0	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,4		-0,1	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		1,0	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Weitere Arbeitsmarkteffekte resultieren aus der durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelösten Migration. Die größte Sicherheit dürfte dabei bei der Alters- und Geschlechtsstruktur bestehen. Da ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter die Ausreise derzeit untersagt ist, dürfte die Gruppe der Flüchtenden nahezu ausschließlich aus Frauen, Kindern und Senioren bestehen. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) wäre demnach geringer als bei der Gesamtbevölkerung. Weitere Annahmen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer großen Unsicherheit verbunden. So ist weder die Gesamtzahl der in Deutschland ankommenden Personen, noch deren Aufenthaltsdauer oder Bereitschaft, in der gegenwärtigen persönlichen Lage einer Beschäftigung nachzugehen, abzuschätzen. Dieser Projektion wird unterstellt, dass 5 Millionen Personen aus der Ukraine außerhalb der Landesgrenzen Schutz suchen werden^{K3} und der Anteil der in Deutschland ankommenden Geflüchteten auch weiterhin bei etwa 4% liegt. Daraus ergibt sich für das Jahr 2022 eine Gesamtzahl von 200 000 Geflüchteten und weiteren 25 000 im kommenden Jahr, etwa durch Familiennachzüge. Es wird zudem angenommen, dass die Partizipationsquote etwa zehn Prozentpunkte unter der der übrigen Bevölkerung liegt.^{K4}

^{K1} Vgl. *Statistisches Bundesamt: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035*. Wiesbaden, 2021.

^{K2} Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021*. Halle (Saale), 2021.

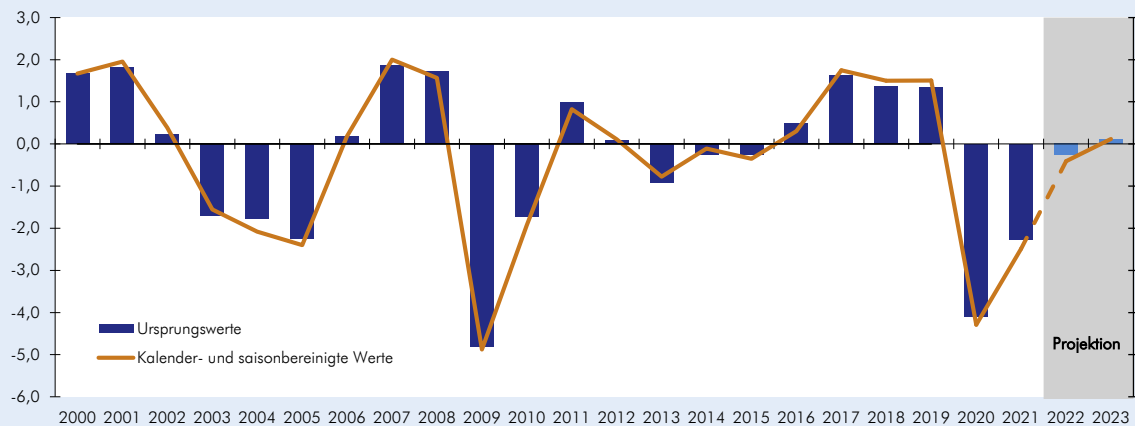
^{K3} Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) rechnet mit „mehr als vier Millionen [...] in den kommenden Monaten“. (*UNHCR Ukraine Situation Flash Update #1*, 8. März 2022).

^{K4} Diese Annahme stützt sich auf die Erkenntnis, dass die Beschäftigungsquote und andere Arbeitsmarktcharakteristika der in Deutschland lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer zum Jahresende 2021 in etwa dem Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung entsprach (vgl. *Brücker et al.: Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung. IAB-Forschungsbericht 2/2022*).

Unter dieser Annahme wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und ab dem Jahr 2024 im Zuge der Alterung allmählich sinken, wobei sich der Rückgang gegen Ende des Projektionszeitraums beschleunigt. Über den gesamten Zeitraum nimmt sie um etwa 60 000 Personen auf 62,3 Millionen im Jahr 2026 ab. Die Partizipation wird in den kommenden Jahren wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,8% auf 75,7% steigen. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird methodenbedingt im Jahr 2026 mit 3,4% etwas höher liegen als im Jahr 2021 (3,0%). Aufgrund des pandemiebedingt erneuten Anstiegs der Kurzarbeit und der damit verbundenen Ausfallzeiten wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer zunächst stagnieren. Erst ab Mitte des Jahres 2022 ist mit einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit zu rechnen, der bis Ende des Jahres 2023 anhält. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst langsamer. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder stärker ab. Bis dahin sinkt sie um etwa 20 Stunden im Jahr. Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen zunächst weiter steigen und erst mit Beginn der Mittelfrist im Jahr 2024 zurückgehen. Über den gesamten Projektionszeitraum bleibt es jahresdurchschnittlich nahezu konstant. Folglich ist auch der Beitrag zum Potenzialwachstum gleich null.

Abbildung K3
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von -2,3%. Im Jahr 2022 verringert sich die Lücke auf -0,3% und beträgt im Jahr 2023 0,1% (vgl. Abbildung K3).

Alles in allem dürfte die Produktion im ersten Quartal moderat und im zweiten kräftig expandieren, im weiteren Jahresverlauf aber deutlich an Schwung verlieren. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 3,1% steigen (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Für das Jahr 2023 beinhaltet die vorliegende **Prognose** einen Zuwachs von 1,5%, was in etwa dem Zuwachs des Produktionspotenzials entspricht (vgl. Tabelle A7 und Kasten 3). Die Kapazitäten sind ab dem zweiten Quartal 2022 in etwa normal ausgelastet. Für das Jahr 2022 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 2,0% bis 4,3% und für das Jahr 2023 von -0,6% bis 3,6% (vgl. Abbildung 4).⁵ Im Jahresverlauf 2022 setzt sich der Aufbau der Erwerbstätigkeit zunächst

⁵ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

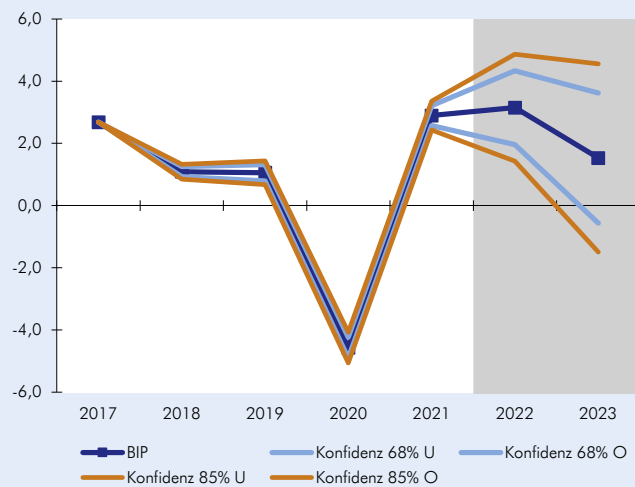
verlangsamt fort, aufgrund der Mindestlohnerhöhung stagniert er aber zum Ende des Jahres nahezu. Auch die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, aufgrund der kräftigen Mindestlohnerhöhungen aber deutlich langsamer als zuvor. Die Verbraucherpreis-inflation erreicht im April mit 5,3% ihr Maximum, fällt aber erst Anfang 2023 wieder unter 4%, vor allem, weil dann die Energiepreise als Treiber der Inflation wegfallen dürften. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich eine Verbraucherpreis-inflation von 4,8%,⁶ für 2023 von immer noch 3,2%. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise lassen den deutschen Leistungsbilanzsaldo deutlich von 6,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf 5,4% im Jahr 2022 sinken. Die Risiken für die deutsche Konjunktur entsprechen den beschriebenen weltwirtschaftlichen Risiken.

Die Konjunkturschwankungen übertragen sich auch auf die Emission von Treibhausgasen. Während das Emissionsvolumen mit dem drastischen Konjunkturreinbruch im Jahr 2020 deutlich gesunken ist, hat es im Jahr 2021 wieder kräftig zugelegt. Legt man die durchschnittliche Reduktion der Treibhausgasintensität der Produktion der vergangenen Jahre zugrunde, so resultieren aus dem Anstieg der Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 Emissionsvolumina, die über einem linearen Abbaupfad im Hinblick auf die Emissionsreduktionsziele liegen (vgl. Kasten 4).

Das **Haushaltsdefizit** dürfte im laufenden Jahr zurückgehen, von gut 132 Mrd. Euro bzw. 3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf 2,4% im laufenden Jahr. Mit der anziehenden Konjunktur dürften vor allem die Einnahmen der Sozialversicherungen beschleunigt expandieren. Bei den Steuereinnahmen mindern hingegen diverse steuerpolitische Maßnahmen das Aufkommen. Die empfangenen Vermögenseinkommen werden nahezu stagnieren, auch weil die Bundesbank im Jahr 2022 zum wiederholten Mal keinen Gewinn an den Bund abführen wird. Auch die empfangenen sonstigen laufenden Übertragungen, die im vergangenen Jahr durch die erstmalige Zuführung von Mitteln aus der Europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität stark expandierten, werden im laufenden Jahr stagnieren. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2022 um ungefähr 3% und damit deutlich geringer zunehmen als im Vorjahr. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im Jahr 2022 dennoch erhöhen, weil die öffentlichen Ausgaben kaum steigen werden. So dürften die staatlichen Vorleistungskäufe, die in den beiden Vorjahren durch Corona-bedingte Mehrausgaben, etwa für die Impfkampagne oder Zuweisungen an Krankenhäuser, stark expandierten, im laufenden Jahr nur noch geringfügig zunehmen. Die Subventionen dürften sogar deutlich zurückgehen. Zwar führt die Abschaffung der EEG-Umlage zu zusätzlichen Subventionen des Staates an die Betreiber erneuerbarer Energie-Anlagen, die Überbrückungshilfen, die Erstattungen der Sozialbeiträge auf Kurzarbeitergeld und weitere Subventionen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie werden aber deutlich zurückgehen. Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2022, wie schon im Vorjahr, nur geringfügig ausgeweitet. Zwar fällt die Rentenanpassung deutlich höher aus als in den Vorjahren, die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter geht aber weiter zurück. Mehrausgaben ergeben sich bei den monetären Sozialleistungen, den sozialen Sachleistungen und den staatlichen Vorleistungskäufen aus der zu erwartenden Fluchtmigration, denen aber Minderausgaben durch den Rückgang oder den kompletten Entfall von Corona-Maßnahmen gegenüberstehen.

Abbildung 4
Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

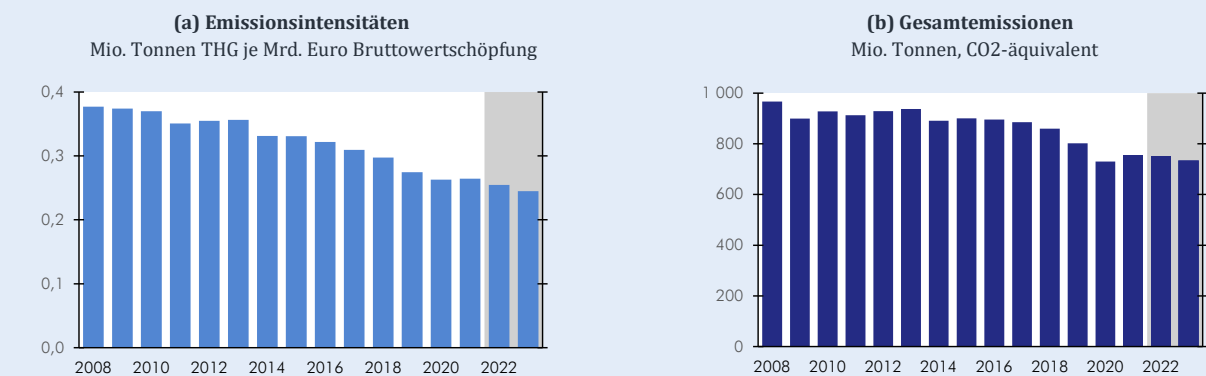
⁶ Im Dezember 2021 hatte das IWH noch mit einem Anstieg der Verbrauchpreise um 3,1% im Jahr 2022 gerechnet (vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID-19 – Ausblick erneut eingetrübt*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 9 (4), 2021).

Kasten 4**Prognose der Treibhausgasemissionen**

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2022 hat die Bundesregierung eine Reihe von Indikatoren vorgestellt, anhand derer sie die Wohlfahrt künftig beurteilen will. Umweltbezogene Indikatoren spielen dabei eine wichtige Rolle, insbesondere die Treibhausgasintensität. Das IWH wird künftig in seinen Konjunkturprognosen die aus der Prognose der wirtschaftlichen Aktivität in den einzelnen Wirtschaftsbereichen resultierenden zu erwartenden Treibhausgasemissionen berichten.

Ziel der Bundesregierung ist es, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um mindestens 65% gegenüber 1990 zu reduzieren und bis zum Jahr 2040 um mindestens 88%. Bis zum Jahr 2045 soll dann Treibhausgasneutralität erreicht werden. In den vergangenen Jahren wurde die Treibhausgasintensität erheblich reduziert (vgl. Abbildung K4.1a).^{K1} Auch bedingt durch die Corona-Pandemie sind die Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 spürbar gesunken. Im Jahr 2021 sind sie allerdings im Zuge der konjunkturellen Erholung gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich angestiegen (vgl. Abbildung K4.1b).^{K2} Im Folgenden soll eine Prognose der Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftsbereichen vorgenommen werden. Basierend auf Daten der Luftemissionsrechnungen (AEA), die die Ströme von atmosphärischen Gasen als Folge der wirtschaftlichen Aktivität erfassen, können die Treibhausgasemissionen (THG) nach den NACE-Wirtschaftsbereichen A-S ermittelt werden; die Bereiche T und U weisen demnach keine Emissionen auf. Die verwendeten Daten des Statistischen Bundesamtes sind für den Zeitraum 2008 bis 2020 für alle Wirtschaftsbereiche jährlich verfügbar.

Abbildung K4.1
Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2023



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Die *Emissionsintensität* der Sektoren (in Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen pro Milliarden Euro Bruttowertschöpfung) wird jeweils berechnet, indem für jeden Wirtschaftsbereich das Emissionsvolumen durch die Bruttowertschöpfung geteilt wird. Alle Wirtschaftsbereiche, außer Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (A), Baugewerbe (F), und Verkehr und Lagerei (Sektor H) zeigen einen abnehmenden Trend in ihrer Emissionsintensität.

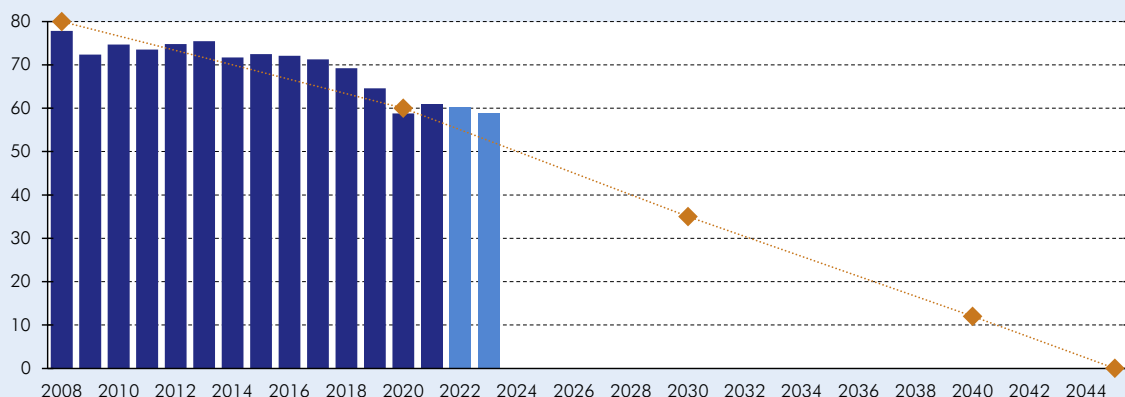
Anhand univariater Trendfortschreibungen der Emissionsintensitäten können die künftigen jährlichen *Emissionen* für jeden Wirtschaftsbereich bedingt auf die vorliegende Prognose geschätzt werden. Sie werden aufsummiert, und die Summe an die statistische Abgrenzung des Umweltbundesamtes angepasst (vgl. Abbildung K4.1b). Die gesamten Treibhausgasemissionen dürften sich demnach im Jahr 2022 auf 750 Millionen Tonnen und im Jahr 2023 auf 732 Millionen Tonnen belaufen.

^{K1} Daten für die Emissionen nach Wirtschaftsbereichen werden durch das Statistische Bundesamt jährlich im September veröffentlicht (GENESIS-Online - 85111-0001).

^{K2} Am 15. März 2022 hat das Umweltbundesamt Daten zum Nationalen Treibhausgas-Inventar gemäß Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) für das Jahr 2021 veröffentlicht. Diese Daten haben allerdings eine andere Abgrenzung als die vom Statistischen Bundesamt nach Wirtschaftsbereichen veröffentlichten (vgl. *Europäische Kommission: Manual for Air Emissions Accounts*. Luxemburg 2015).

Abbildung K4.2
Gesamtemissionen 2008 bis 2023

In % der Werte von 1990*



* Aktuelle (blaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990; die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung K4.2 zeigt, dass das für 2020 gesetzte Ziel einer 40-prozentigen Verringerung der Emissionen erreicht wurde; allerdings auch aufgrund der Kombination exogener Faktoren, wie der Corona-Pandemie, die zu einem plötzlichen Rückgang der Emissionen führten. Im Jahr 2021 lagen die Emissionen wieder über der 40%-Marke. In den Jahren 2022 und 2023 dürften die Emissionen weiter über einem linearen Abbaupfad für die Erreichung des 55%-Ziels im Jahr 2030 liegen.

Tabelle 1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-145,2	-132,5	-91,2	-60,7
– Konjunkturkomponente ¹	-72,3	-41,6	-5,1	2,0
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-72,9	-90,8	-86,1	-62,6
– Einmaleffekte ²	0,0	0,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-72,9	-91,3	-86,1	-62,6
+ Zinsausgaben des Staates	21,0	21,0	20,4	20,1
= Struktureller Primärsaldo	-52,0	-70,3	-65,6	-42,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-107,3	-18,4	4,7	23,1
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-2,2	-2,6	-2,3	-1,6
struktureller Primärsaldo	-1,5	-2,0	-1,7	-1,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-3,1	-0,4	0,2	0,7

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2023 nehmen die Einnahmen des Staates deutlich stärker zu als die Ausgaben. Auf der Einnahmeseite werden vor allem die Sozialbeiträge mit dem in dieser Prognose unterstellten deutlichen Anstieg des kumulierten Beitragsatzes zu den Sozialversicherungen spürbar zunehmen. Auch die Steuereinnahmen expandieren im kommenden Jahr wieder kräftiger, weil dann weniger steuerliche Entlastungen geplant sind. Während die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2023 um 5,0% expandieren, nehmen die öffentlichen Ausgaben mit 3,1% deutlich verhaltener zu. So dürften die staatlichen Vorleistungskäufe ebenso wie die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers mit dem Wegfall Corona-bedingter Ausgaben zurückgehen. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr

2022 auf $-2,4\%$ und im Jahr 2023 auf $-1,5\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von $-2,6\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf $-1,6\%$ im Jahr 2023 (vgl. Tabelle 1). Der strukturelle Primärsaldo nimmt infolge der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik im Jahr 2022 um $0,2\%$ und im Jahr 2023 um $0,7\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu.

Wirtschaft in Ostdeutschland kaum stärker vom Krieg Russlands in der Ukraine betroffen als in Deutschland insgesamt

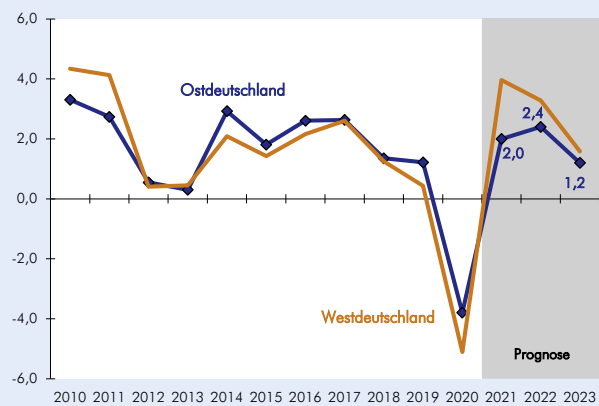
Die ostdeutsche Wirtschaft stand im Jahr 2021 vor den gleichen Herausforderungen wie die deutsche Wirtschaft insgesamt. Doch gibt es regionale Besonderheiten: Das Verarbeitende Gewerbe dürfte sich im Osten etwas besser entwickelt haben. Die Aufträge nahmen noch stärker als in Westdeutschland zu, und die Erlöse von Warenexporten aus ostdeutschen Ländern lagen im Jahr 2021 um 17% über Vorjahresniveau, die deutschen Exporte insgesamt nur um 13% . Ein Grund dafür dürfte sein, dass das Hauptabsatzgebiet für ostdeutsche Exporte in den europäischen Nachbarländern liegt, wo die Konjunktur im Jahresverlauf besonders stark angezogen hat. Anders ist das Bild bei den Dienstleistungen. Die Infektionszahlen lagen im Jahr 2021 und insbesondere während der letzten Winterwelle im Osten über denen in Deutschland insgesamt. Auf eine niedrigere Auslastung des Gastgewerbes deuten Restaurantbestellungen nach dem Open-Table-Indikator hin, die in Sachsen und Berlin noch stärker reduziert waren als in Deutschland insgesamt.⁷ Allgemein dürften die kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland besonders unter der Pandemie gelitten haben. Alles in allem dürfte die Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2021 um $2,0\%$ gestiegen sein.

Der Krieg Russlands in der Ukraine trifft die ostdeutsche Wirtschaft in etwa genauso hart wie die in Deutschland insgesamt. Der Anteil der nach Russland gelieferten Güter am Gesamtexport ist in den ostdeutschen Ländern mit $1,9\%$ nur wenig höher als in Deutschland insgesamt ($1,7\%$; Zahlen aus dem Jahr 2020). Ein Stopp der Öl- und Gaszufuhr aus Russland würde zwar einige ostdeutsche Industriestandorte, etwa das Chemiecluster in Mitteldeutschland, als erste treffen, es käme in einem solchen Fall aber schnell zu einer bundesweiten Bewirtschaftung des knappen Rohstoffs. Nach vorliegender Prognose, die einen solchen Lieferstopp nicht unterstellt, legt die Produktion in Ostdeutschland in diesem Jahr um $2,4\%$ zu, im Jahr 2023 um $1,2\%$ (vgl. Abbildung 5).

Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit fällt im Jahr 2022 auf $6,6\%$, im Jahr 2023 dürfte sie bei $6,4\%$ liegen. Dieser Rückgang ist aufgrund der diesjährigen starken Anhebung des Mindestlohns langsamer als im Schnitt der vergangenen Jahre. In Ostdeutschland werden aufgrund des immer noch niedrigeren Lohnniveaus viel mehr Arbeitsverhältnisse von den Anhebungen betroffen sein als im Westen: Ab Juli 2022 dürften im Osten etwa 15% aller Lohnempfänger den Mindestlohn von $10,45$ Euro beziehen, und wenn im Oktober der Mindestlohn auf 12 Euro steigt, haben im Jahr 2022 mehr als ein Viertel aller Beschäftigten eine Mindestlohnerhöhung erhalten. Dieser starke Eingriff in die Lohnstruktur wird den ostdeutschen Arbeitsmärkten ein erhebliches Maß an Anpassungsfähigkeit abverlangen.

Abbildung 5
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2021 Prognose des IWH.

⁷ Vgl. <https://www.opentable.com/state-of-industry>.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europa	28,3	-5,7	5,6	3,0	2,1	1,1	3,5	7,8	4,1				
EU 27	20,3	-6,0	5,3	3,8	2,4	0,6	2,8	5,4	2,9	7,2	7,0	6,1	5,8
Großbritannien	3,6	-9,4	7,8	4,1	2,5	0,8	2,6	6,0	2,8	4,5	4,5	4,4	4,2
Schweiz	1,0	-2,5	3,7	2,8	1,5	-0,7	0,6	2,2	1,7	4,8	5,1	4,8	4,5
Norwegen	0,5	-1,3	4,1	3,8	2,0	1,3	3,5	3,8	2,3	4,6	4,4	3,5	3,5
Russland	2,0	-2,3	3,9	-8,0	-1,5	3,4	6,7	18,0	10,0				
Türkei	1,0	1,6	11,2	3,6	2,8	12,3	19,6	50,0	25,0				
Amerika	34,8	-4,0	5,7	3,5	2,1								
USA	27,7	-3,4	5,7	3,7	2,0	1,2	4,7	6,5	2,6	8,1	5,4	3,9	3,7
Kanada	2,2	-5,2	4,6	3,9	2,9	0,7	3,4	4,5	2,5	9,6	7,4	5,3	5,0
Lateinamerika ³	4,8	-6,6	6,5	2,2	2,6								
Asien	37,0	-0,9	6,3	4,7	4,6								
Japan	6,7	-4,5	1,6	2,4	1,9	0,0	-0,2	1,3	0,9	2,8	2,8	2,8	2,8
China ohne Hongkong	19,7	2,2	8,1	5,0	5,4								
Südkorea	2,2	-0,9	4,0	3,3	2,8	0,5	2,5	2,8	2,0	3,9	3,6	3,5	3,5
Indien	3,5	-7,3	9,2	9,0	6,8								
Ostasien ohne China ⁴	4,8	-3,8	4,3	4,5	4,5								
Insgesamt ⁵	100,0	-3,3	5,9	3,8	3,1								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	66,0	-4,5	5,2	3,6	2,2	0,8	3,2	5,2	2,5	6,5	5,6	4,7	4,4
Schwellenländer ⁷	34,0	-0,9	7,4	4,3	4,7								
nachrichtlich:													
Exportgewicht ⁸	-	-4,5	5,9	3,8	2,8								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	-	-3,2	6,2	3,9	3,4								
Welthandel ¹⁰	-	-5,3	10,3	3,4	3,0								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2020.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2021: Prognose des IWH.

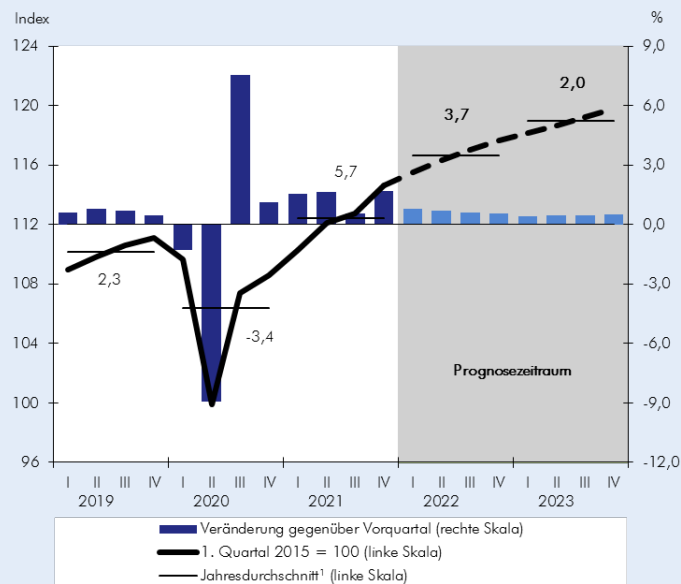
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,7	3,7	2,0
privater Konsum	-3,8	7,9	3,5	2,2
Staatskonsum und -investitionen	2,5	0,5	0,1	1,0
private Bruttoanlageinvestitionen	-6,0	8,0	12,3	4,7
inländische Verwendung	-3,0	6,9	4,4	2,5
Exporte	-13,6	4,6	7,9	4,1
Importe	-8,9	14,0	7,6	4,2
Außenbeitrag ¹	-0,3	-1,2	-0,7	-0,5
Verbraucherpreise	1,2	4,7	6,5	2,6
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-14,9	-10,8	-6,9	-5,7
Leistungsbilanzsaldo	-2,8	-2,4	-2,4	-1,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	3,9	3,7

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

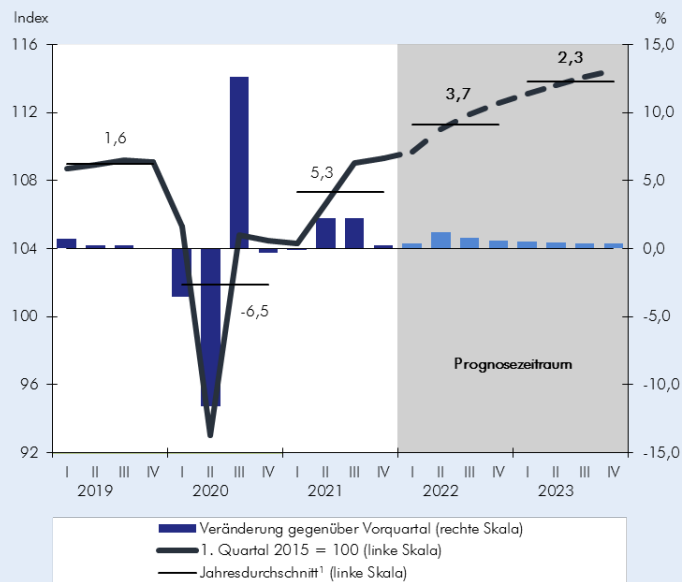
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-6,4	5,3	3,7	2,3
privater Konsum	-8,0	3,4	5,2	3,0
öffentlicher Konsum	1,1	3,8	1,8	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-7,0	4,3	4,5	3,4
inländische Verwendung	-6,2	4,2	4,3	2,6
Exporte ¹	-9,1	10,9	6,2	3,6
Importe ¹	-9,0	8,7	7,6	4,4
Außenbeitrag ²	-0,3	1,3	-0,4	-0,2
Verbraucherpreise ³	0,3	2,6	5,3	2,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-7,2	-7,0	-4,3	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	2,1	2,5	1,6	1,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,9	7,7	6,7	6,4

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	25,2	-4,9	2,9	3,2	1,6	0,4	3,2	5,4	3,5	3,8	3,5	3,0	2,8
Frankreich	17,2	-8,0	7,0	3,4	2,1	0,5	2,1	3,5	1,7	8,0	7,9	7,3	7,2
Italien	12,3	-9,1	6,6	4,0	2,4	-0,2	2,0	5,3	2,8	9,3	9,6	9,0	8,7
Spanien	8,4	-10,8	5,0	5,6	4,1	-0,3	3,0	6,1	2,9	15,5	14,8	12,5	11,6
Niederlande	6,0	-3,8	4,8	4,1	2,1	1,1	2,8	7,1	3,4	4,9	4,2	3,3	2,9
Belgien	3,4	-5,7	6,1	3,0	1,5	0,4	3,2	8,0	3,4	5,8	6,3	5,4	5,1
Österreich	2,8	-6,8	4,6	3,5	3,2	1,4	2,8	4,0	2,5	6,0	6,2	5,2	5,1
Irland	2,8	5,9	13,4	2,4	2,0	-0,5	2,5	6,1	3,0	5,9	6,3	5,0	4,5
Finnland	1,8	-2,3	3,3	2,4	1,5	0,4	2,1	4,3	2,5	7,7	7,7	6,9	6,6
Portugal	1,5	-8,4	4,9	5,3	2,4	-0,1	0,9	3,6	2,4	7,1	6,6	5,5	4,8
Griechenland	1,2	-8,7	7,9	3,3	4,7	-1,3	0,6	5,4	2,4	16,4	14,8	12,9	12,3
Slowakei	0,7	-5,1	3,9	4,0	5,1	2,0	2,8	4,2	2,2	6,7	6,8	6,1	5,2
Luxemburg	0,5	-1,8	6,9	2,0	2,0	0,0	3,5	4,9	1,9	6,7	5,6	5,0	5,0
Litauen	0,4	0,0	4,8	3,3	3,1	1,1	4,6	11,9	4,3	8,5	7,1	5,3	4,6
Slowenien	0,4	-4,8	8,1	7,2	3,2	-0,3	2,0	6,3	3,1	5,0	4,8	4,3	3,9
Lettland	0,2	-3,8	4,5	2,9	4,1	0,1	3,3	8,2	4,4	8,1	7,6	7,0	6,0
Estland	0,2	-2,6	8,2	4,9	3,8	-0,6	4,5	9,5	3,6	6,9	6,2	4,3	3,4
Zypern	0,2	-5,0	5,5	4,6	3,1	-1,1	2,3	4,8	2,5	7,6	7,5	6,1	5,6
Malta	0,1	-8,2	9,3	5,6	1,5	0,8	0,7	4,2	2,4	4,4	3,6	3,3	3,2
Euroraum insgesamt	85,1	-6,4	5,3	3,7	2,3	0,3	2,6	5,3	2,8	7,9	7,7	6,7	6,4
Euroraum ohne Deutschland	60,0	-7,0	6,4	3,9	2,6	0,2	2,4	5,2	2,6	9,4	8,6	7,6	7,3
Polen	3,9	-2,5	5,6	5,7	3,7	3,7	5,2	8,5	4,8	3,2	3,4	2,7	2,5
Schweden	3,5	-3,1	4,6	3,4	1,9	0,7	2,7	4,1	1,8	8,5	8,8	7,6	7,5
Dänemark	2,3	-2,1	4,1	3,4	1,8	0,3	2,0	4,0	1,9	5,7	5,1	4,8	4,7
Rumänien	1,6	-3,4	5,8	4,1	3,6	2,4	4,1	6,8	3,8	6,1	5,6	5,1	4,8
Tschechien	1,6	-5,8	3,3	4,8	3,3	3,3	3,3	8,0	4,0	2,6	2,8	2,0	2,0
Ungarn	1,0	-4,9	7,1	6,1	3,6	3,4	5,2	7,9	4,1	4,1	4,1	3,3	2,8
Bulgarien	0,5	-4,1	3,8	4,5	3,9	1,2	2,9	7,3	3,4	6,1	5,3	4,5	4,0
Kroatien	0,4	-7,8	10,0	3,0	2,6	0,0	2,7	5,6	2,9	7,9	7,9	6,3	5,3
MOE-Länder ⁴	10,8	-3,8	5,5	5,0	3,7	2,7	4,2	7,8	4,1	4,7	4,5	3,8	3,4
EU 27 ⁵	100,0	-6,0	5,3	3,8	2,4	0,6	2,8	5,4	2,9	7,2	7,0	6,1	5,8

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-5,2	3,7	6,0	-1,8	1,3	2,9	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	-1,1	5,1	-2,8	1,0	-0,3	1,2	0,8	0,6	0,3	0,1	-0,6	-0,6
Bauten	0,2	1,7	-3,6	0,0	0,1	0,5	0,8	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	-0,4	0,6	-3,9	0,9	0,6	1,7	2,8	1,8	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	0,9	0,9	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ²	2,1	-0,6	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-1,0	2,8	1,7	-0,5	0,7	2,0	0,7	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2
Außenbeitrag ²	-0,8	-0,4	0,1	0,2	-0,3	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,9	1,1	0,0	4,8	0,2	1,1	1,2	1,0	0,8	0,7	0,7	0,6
Importe	4,3	2,3	-0,1	5,1	0,8	1,5	1,8	1,3	0,9	0,8	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,4	1,8	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	-2,3	0,8	3,5	1,1
private Konsumausgaben	-3,0	0,1	3,1	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,7	0,4	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,3	0,3	0,6
Bauten	0,3	0,1	0,0	0,2
Ausrüstungen	-0,8	0,2	0,2	0,3
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,2	0,1
Vorratsveränderung	-0,9	1,0	-0,2	0,0
inländische Verwendung	-3,7	2,1	3,6	1,7
Außenbeitrag	-0,8	0,8	-0,5	-0,3
Exporte	-4,3	4,3	2,6	1,6
Importe	3,5	-3,5	-3,1	-1,8
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,9	3,1	1,5

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,1	1,0
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	1,8	3,1	1,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-4,9	2,9	3,2	1,6
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	-4,6	2,9	3,1	1,5

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2021 und 2022**

	2021	2022 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	40 991	41 471	480	1,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 900	34 437	536	1,6
Geförderte ²	118	118	0	0
nicht geförderte	33 782	34 319	536	1,6
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 104	4 117	13	0,3
sonstige	2 986	2 920	-66	-2,2
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 929	3 907	-22	-0,6
geförderte Selbstständigkeit	9	9	0	0,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 920	3 898	-22	-0,6
Erwerbstätige (Inland)	44 920	45 377	457	1,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	1 953	703	-1 250	-64
geförderte Erwerbstätige ³	127	127	0	0,0
Kurzarbeit	1 826	576	-1 250	-68,5
ungeförderte Erwerbstätigkeit	42 967	44 674	1 708	4
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen (Inland) in %	4,3	1,5		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	-9,3	9,9	5,5	3,1
Importe, real	-8,6	9,3	7,3	4,0
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	47,5	50,6	52,0
Importe, nominal	37,7	41,9	46,7	48,0
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	192,8	197,5	146,6	158,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen insgesamt	-2,2	1,5	1,5	2,6
Bauinvestitionen insgesamt	2,5	0,7	0,1	1,6
Wohnbauten	3,4	1,3	0,7	1,7
Nichtwohnbauten insgesamt	1,1	-0,3	-0,9	1,3
gewerbliche Bauten	-0,7	1,2	-1,6	1,1
öffentliche Bauten	4,9	-3,5	0,7	1,8
Ausrüstungen	-11,2	3,4	2,4	4,1
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	4,1	3,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
verfügbares Einkommen, nominal	0,8	1,9	4,3	3,3
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,1	4,2	4,9	2,9
monetäre Sozialleistungen	8,1	2,3	1,0	3,7
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-6,5	0,3	3,5	3,3
Sparen	49,6	-4,9	-36,2	-13,5
private Konsumausgaben, nominal	-5,3	3,2	11,3	4,9
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,7	3,8	5,0	4,0
Sparquote (in %)	16,1	15,0	9,2	7,7
Preisindex des privaten Konsums	0,6	3,1	4,7	3,1
private Konsumausgaben, real	-5,9	0,1	6,4	1,8

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

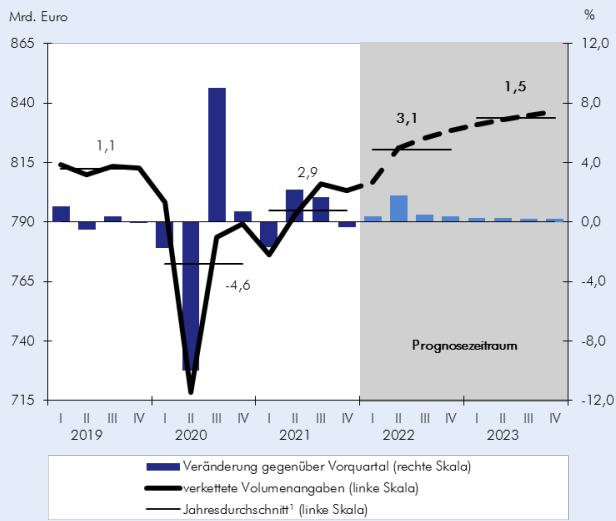
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,4	1,8	0,5	0,4
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-0,9	1,6	2,2	-0,9	0,7	1,7	0,8	0,4
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,1	-0,6	-1,6	1,8	2,2	-0,1	1,4	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-0,9	-1,7	1,9	2,5	-0,2	1,5	0,5
Energie- und Wasserversorgung	-2,7	1,1	-0,7	1,2	0,7	0,5	0,8	0,8
Baugewerbe	-4,6	2,3	-3,0	1,6	2,4	0,5	0,5	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,2	5,9	-1,6	-1,0	5,3	0,7	0,3
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,6	1,9	0,9	0,8	0,8	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,0	0,4	0,4	0,2	0,2	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,3	0,5	0,5	0,3	0,2
Unternehmensdienstleister	0,6	3,5	4,2	-0,9	0,8	0,9	0,8	0,7
öffentliche Dienstleister	-0,2	4,1	3,3	-3,9	-0,5	2,0	0,8	0,2
sonstige Dienstleister	2,9	-0,1	13,9	-10,0	5,3	8,0	1,0	0,2

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

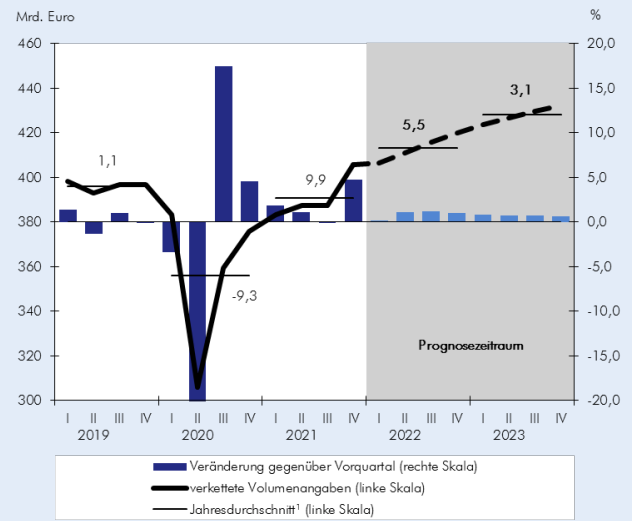
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



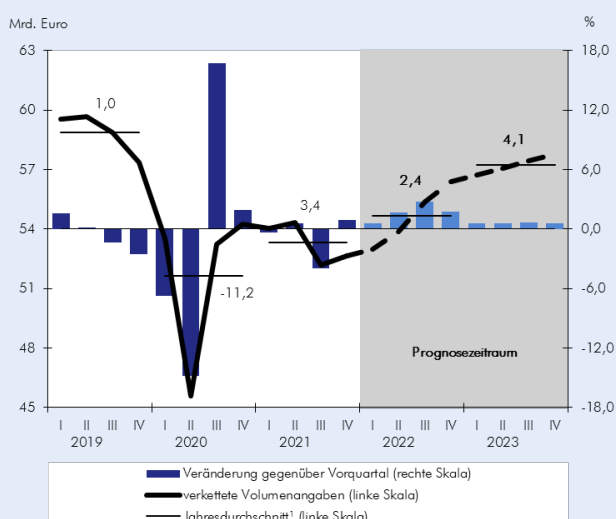
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A4
Reale Exporte
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



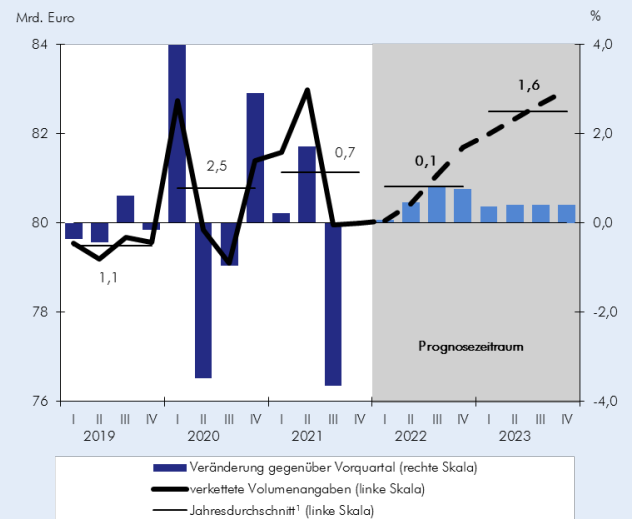
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A5
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



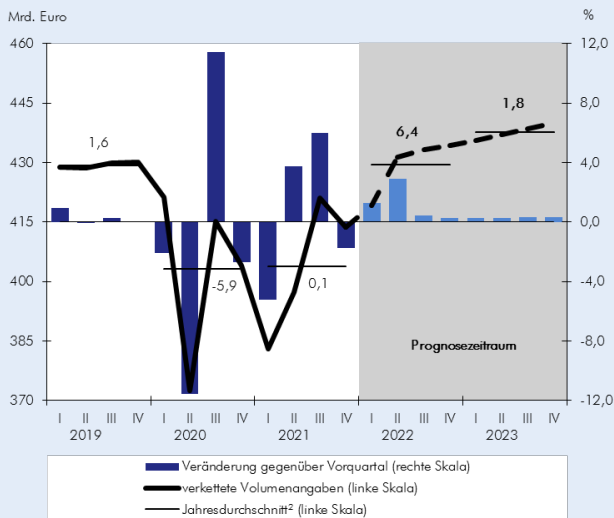
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Bauinvestitionen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

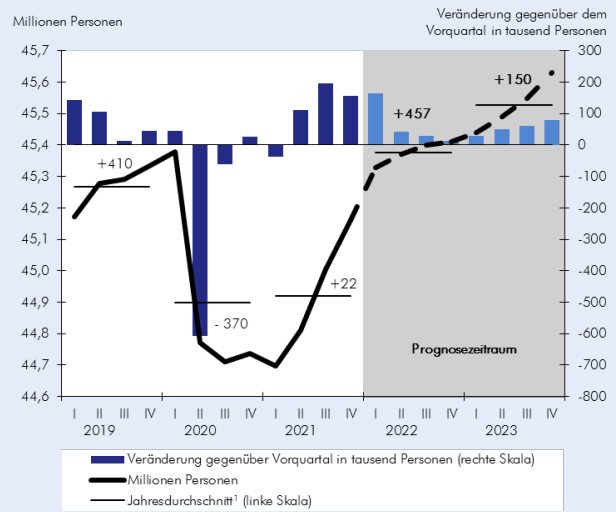
Abbildung A7
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A8
Erwerbstätige
 Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

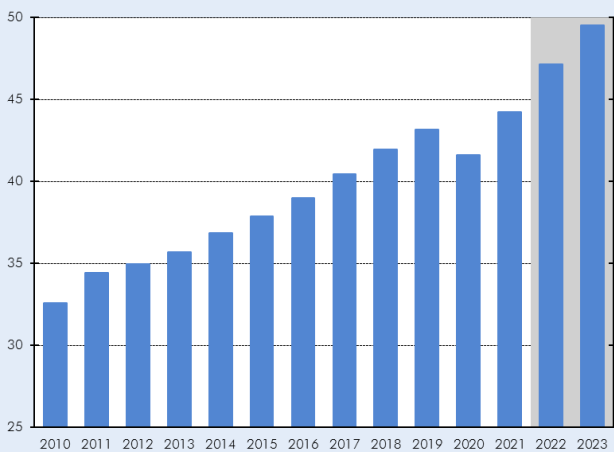


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Wohlfahrt⁸

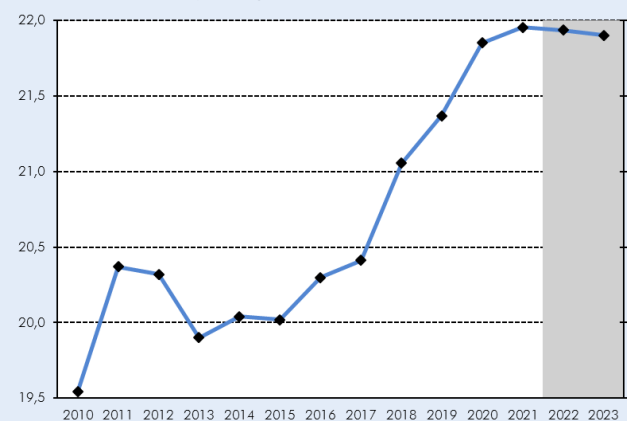
Abbildung A9
Bruttonationaleinkommen¹ je Einwohner
 Tausend Euro, in jeweiligen Preisen



¹ Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A10
Bruttoanlageinvestitionen¹
 Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



¹ Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

⁸ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022, 80 ff.

Tabelle A13

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,5
Anhebung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2022	-0,3	0,0
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-1,4	-0,7
Änderungen bei der Rentenbesteuerung zum 1. Januar 2023		-2,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz	0,2	0,0
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6
Zweites Familienentlastungsgesetz	-5,2	-0,9
Weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022	-4,2	-0,7
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	-0,9	-0,2
Erhöhung des Sparerfreibetrags zum 1. Januar 2023		-0,4
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	-3,8	0,8
Jahressteuergesetz 2020	-0,1	0,0
Fondsstandortgesetz	-0,3	-0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	0,3	0,3
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus	-0,2	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,0
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	1,6	1,5
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	-0,4	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,5 Prozentpunkte		6,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022	0,3	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		2,5
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022	-0,3	0,0
Erhöhung der Minijobgrenze zum 1. Oktober 2022	-0,2	-0,6
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ³	-3,2	-0,6
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	-2,5	-7,0
Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022	-6,6	-6,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-1,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-2,0	-1,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	-0,5
Heizkostenzuschuss für Geringverdiener	-0,5	0,5
Änderungen beim BAföG	-0,2	-0,6
Aufbauhilfefonds 2021	-4,0	-2,0
Pflegebonus 2022	-1,0	1,0
Teilhabechancengesetz	0,2	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,1	0,0
Kostenrechtsänderungsgesetz		-0,2
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,5	-0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ⁴	-0,5	-0,3
Wiedereinführung des Nachholfaktors in der gesetzlichen Rentenversicherung	2,0	0,0
Einmaliger Zuschuss für Empfänger von ALG-II und für von Armut bedrohte Kinder	-0,6	0,6
Grundrente	-1,1	-0,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz/Pflegereform	-1,3	-0,8
Infektionsschutzgesetz 2021	-1,3	1,3
Konjunktur- und Zukunftspaket	21,7	28,1
Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	43,8	39,8
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	25,8	55,0
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,7	1,4

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – ⁴ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2021
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 228,9	2 185,9	374,7	668,3	–
2	– Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 534,9	1 782,7	287,4	464,8	–197,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 916,9	1 380,8	294,1	242,0	16,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,6	25,3	0,5	9,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	87,8	62,3	0,1	25,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	670,3	438,8	–7,0	238,5	–213,7
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 920,4	–	–	1 920,4	12,6
9	– geleistete Subventionen	105,0	–	105,0	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	391,7	–	391,7	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	569,1	530,5	21,0	17,6	190,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	676,2	352,5	15,8	307,9	83,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 984,5	260,8	274,5	2 449,2	–305,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	469,7	105,7	–	364,0	12,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	481,2	–	481,2	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	773,4	–	–	773,4	4,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	774,3	140,6	632,8	0,9	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	681,7	71,8	609,0	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	674,0	–	–	674,0	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	382,0	203,2	90,1	88,7	63,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	329,6	179,9	33,5	116,2	115,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	–257,7
23	– Konsumausgaben	2 564,3	–	801,3	1 763,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
25	= Sparen	372,4	139,8	–78,4	311,1	–257,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	107,3	23,3	68,1	15,9	4,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	95,3	48,9	17,2	29,2	16,9
28	– Bruttoinvestitionen	808,8	467,9	91,7	249,1	–
29	+ Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,2	0,7	–1,3	0,8	–0,2
31	= Finanzierungssaldo	245,5	100,0	–132,5	277,9	–245,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	–257,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	516,3	–	516,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	516,3	–	–	516,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 936,7	200,6	206,6	2 529,5	–257,7
36	– Konsum ³	2 564,3	–	285,1	2 279,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
38	= Sparen	372,4	139,8	–78,4	311,1	–257,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 445,0	2 343,2	390,0	711,8	–
2	– Abschreibungen	749,5	440,3	94,7	214,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 695,5	1 902,9	295,3	497,3	–146,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 012,0	1 454,9	302,1	254,9	17,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,8	26,9	0,5	10,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	57,9	43,9	0,1	13,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	703,7	464,9	–7,2	245,9	–164,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 015,6	–	–	2 015,6	14,0
9	– geleistete Subventionen	67,4	–	67,4	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	413,6	–	413,6	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	617,0	578,3	20,4	18,3	207,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	731,0	395,3	15,9	319,8	93,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 179,5	282,0	334,4	2 563,1	–261,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	463,5	96,7	–	366,8	12,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	475,6	–	475,6	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	804,7	–	–	804,7	4,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	805,8	146,1	658,8	0,9	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	688,6	72,9	614,8	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	680,8	–	–	680,8	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	388,4	201,3	94,9	92,2	69,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	335,1	181,4	34,5	119,3	122,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 131,6	238,6	793,6	2 099,4	–213,7
23	– Konsumausgaben	2 807,5	–	844,9	1 962,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
25	= Sparen	324,1	176,8	–51,3	198,6	–213,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	113,2	41,1	55,7	16,5	6,1
27	+ empfangene Vermögenstransfers	100,6	52,7	17,8	30,1	18,6
28	– Bruttoinvestitionen	859,9	489,9	97,9	272,1	–
29	+ Abschreibungen	749,5	440,3	94,7	214,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,2	0,6	–1,3	0,9	–0,2
31	= Finanzierungssaldo	200,9	138,3	–91,2	153,8	–200,9
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 131,6	238,6	793,6	2 099,4	–213,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	546,8	–	546,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	546,8	–	–	546,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 131,6	238,6	246,8	2 646,2	–213,7
36	– Konsum ³	2 807,5	–	298,1	2 509,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
38	= Sparen	324,1	176,8	–51,3	198,6	–213,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2023
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 600,9	2 447,7	404,8	748,4	–
2	– Abschreibungen	805,2	479,2	99,9	226,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 795,7	1 968,5	304,9	522,2	–158,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 100,6	1 521,8	312,2	266,6	19,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,0	28,5	0,5	11,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	50,8	42,1	0,1	8,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	705,9	460,3	–7,6	253,2	–177,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 104,2	–	–	2 104,2	15,7
9	– geleistete Subventionen	54,7	–	54,7	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	431,3	–	431,3	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	614,0	574,7	20,1	19,1	226,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	745,6	395,5	18,6	331,5	95,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 318,2	281,0	367,4	2 669,8	–290,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	481,0	98,2	–	382,8	13,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	493,6	–	493,6	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	850,4	–	–	850,4	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	851,6	151,0	699,8	0,9	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	714,2	74,0	639,3	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	706,2	–	–	706,2	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	392,6	198,4	97,1	97,1	75,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	342,5	182,9	37,3	122,4	125,9
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 274,0	244,4	861,6	2 168,1	–246,3
23	– Konsumausgaben	2 937,9	–	878,8	2 059,1	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,8	–	62,8	–
25	= Sparen	336,1	181,6	–17,3	171,8	–246,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	116,1	42,3	56,8	16,9	7,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	103,0	53,8	18,3	30,8	20,5
28	– Bruttoinvestitionen	895,1	504,8	106,2	284,1	–
29	+ Abschreibungen	805,2	479,2	99,9	226,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,2	0,5	–1,3	1,0	–0,2
31	= Finanzierungssaldo	233,1	167,0	–60,7	126,8	–233,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 274,0	244,4	861,6	2 168,1	–246,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	568,1	–	568,1	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	568,1	–	–	568,1	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 274,0	244,4	293,4	2 736,2	–246,3
36	– Konsum ³	2 937,9	–	310,7	2 627,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,8	–	62,8	–
38	= Sparen	336,1	181,6	–17,3	171,8	–246,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	1,0	0,3	1,3	0,7	0,3	0,4
Arbeitsvolumen	1,9	2,4	0,7	4,3	0,6	0,9	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	1,9	1,3	0,4	2,9	-0,1	0,6	0,2
Produktivität ¹	0,9	0,8	0,8	-0,4	1,8	1,4	0,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	3,1	1,5	3,9	2,4	2,2	0,7
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 564,3	2 807,5	2 937,9	1 361,6	1 445,9	1 440,7	1 497,2
private Haushalte ²	1 763,0	1 962,6	2 059,1	952,3	1 010,3	1 010,6	1 048,5
Staat	801,3	844,9	878,8	409,2	435,7	430,2	448,7
Anlageinvestitionen	783,9	836,7	874,6	398,8	438,0	422,2	452,4
Ausrüstungen	414,3	448,8	466,9	216,8	232,0	228,1	238,9
Bauten	228,2	238,5	251,1	111,1	127,4	119,9	131,3
Ausrüstungen	141,5	149,4	156,5	70,8	78,6	74,2	82,3
Vorratsveränderung ³	24,9	23,2	20,5	10,8	12,4	12,1	8,3
inländische Verwendung	3 373,1	3 667,4	3 833,0	1 771,1	1 896,3	1 875,0	1 957,9
Außenbeitrag	197,5	146,6	158,0	86,5	60,1	90,0	68,1
Exporte	1 694,6	1 929,4	2 075,2	942,8	986,6	1 025,2	1 050,1
Importe	1 497,0	1 782,8	1 917,2	856,3	926,5	935,2	982,0
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 814,0	3 991,0	1 857,6	1 956,4	1 965,0	2 026,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	4,1	9,5	4,6	11,8	7,4	5,8	3,5
private Haushalte ²	3,2	11,3	4,9	14,7	8,3	6,1	3,8
Staat	6,2	5,4	4,0	5,7	5,2	5,1	3,0
Anlageinvestitionen	6,5	6,7	4,5	6,7	6,8	5,9	3,3
Bauten	9,0	8,3	4,0	10,1	6,8	5,2	3,0
Ausrüstungen	5,2	4,5	5,3	1,1	7,7	7,9	3,0
sonstige Anlageinvestitionen	1,8	5,6	4,7	5,7	5,5	4,8	4,7
Inländische Verwendung	6,2	8,7	4,5	10,7	7,0	5,9	3,3
Exporte	15,9	13,9	7,6	16,2	11,7	8,7	6,4
Importe	17,9	19,1	7,5	22,9	15,7	9,2	6,0
Bruttoinlandsprodukt	6,0	6,8	4,6	8,3	5,4	5,8	3,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	5,5	3,8	4,0	4,7	3,1	4,6	3,4
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 318,9	2 433,0	2 470,9	1 190,2	1 242,8	1 220,2	1 250,7
private Haushalte ²	1 617,4	1 720,3	1 750,6	840,0	880,3	861,8	888,8
Staat	699,6	711,8	719,5	349,7	362,1	357,9	361,6
Anlageinvestitionen	674,1	684,3	701,8	327,6	356,8	339,7	362,1
Bauten	326,7	327,1	332,2	159,0	168,1	162,8	169,4
Ausrüstungen	214,9	220,2	229,1	102,8	117,4	109,4	119,7
sonstige Anlageinvestitionen	131,2	136,6	140,8	65,1	71,5	67,1	73,6
inländische Verwendung	3 006,1	3 121,3	3 177,9	1 523,1	1 598,2	1 565,2	1 612,7
Exporte	1 573,5	1 659,8	1 711,4	821,7	838,1	854,9	856,6
Importe	1 396,5	1 498,9	1 558,2	727,3	771,6	766,6	791,6
Bruttoinlandsprodukt	3 186,3	3 286,6	3 334,8	1 619,0	1 667,6	1 655,3	1 679,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	4,9	1,6	6,6	3,4	2,5	0,6
private Haushalte ²	0,1	6,4	1,8	9,2	3,7	2,6	1,0
Staat	3,1	1,7	1,1	0,9	2,6	2,3	-0,2
Anlageinvestitionen	1,5	1,5	2,6	-0,3	3,3	3,7	1,5
Bauten	0,7	0,1	1,6	-1,6	1,8	2,4	0,8
Ausrüstungen	3,4	2,4	4,1	-1,1	5,7	6,5	2,0
sonstige Anlageinvestitionen	0,7	4,1	3,1	4,3	3,9	3,2	3,0
inländische Verwendung	2,2	3,8	1,8	4,5	3,2	2,8	0,9
Exporte	9,9	5,5	3,1	6,2	4,8	4,0	2,2
Importe	9,3	7,3	4,0	7,8	6,9	5,4	2,6
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,1	1,5	3,9	2,4	2,2	0,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	3,1	4,7	3,1	5,0	4,4	3,4	2,8
Konsumausgaben des Staates	3,0	3,6	2,9	4,8	2,5	2,7	3,1
Anlageinvestitionen	5,0	5,1	1,9	7,0	3,4	2,1	1,8
Bauten	8,3	8,2	2,4	11,8	4,9	2,7	2,2
Ausrüstungen	1,7	2,1	1,2	2,2	1,9	1,3	1,0
Exporte	5,4	7,9	4,3	9,5	6,6	4,5	4,1
Importe	8,0	11,0	3,5	14,1	8,3	3,6	3,3
Bruttoinlandsprodukt	3,0	3,6	3,1	4,2	2,9	3,5	2,8

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 449,2	2 563,1	2 669,8	1 256,7	1 306,3	1 309,2	1 360,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,2	365,3	388,1	177,6	187,7	189,5	198,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 571,2	1 650,3	1 716,1	783,0	867,3	814,3	901,8
übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	547,5	565,6	296,1	251,4	305,4	260,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	535,3	616,4	648,4	279,7	336,7	308,3	340,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 984,5	3 179,5	3 318,2	1 536,4	1 643,1	1 617,5	1 700,7
Abschreibungen	694,0	749,5	805,2	367,0	382,5	396,1	409,1
Bruttonationaleinkommen	3 678,5	3 929,0	4 123,5	1 903,4	2 025,6	2 013,6	2 109,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 697,8	2 833,3	2 941,7	1 371,3	1 462,0	1 431,0	1 510,7
Arbeitnehmerentgelt	1 920,4	2 015,6	2 104,2	960,6	1 055,0	1 003,8	1 100,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	777,4	817,7	837,5	410,7	407,0	427,2	410,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	4,7	4,2	5,8	3,5	4,2	4,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	4,6	6,2	5,0	4,3	6,7	5,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	5,0	4,0	5,9	4,3	4,0	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,5	3,9	3,6	4,4	3,5	3,7	3,5
übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	3,5	3,3	6,1	0,7	3,1	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	26,4	15,2	5,2	21,8	10,2	10,2	1,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,5	6,5	4,4	8,4	4,8	5,3	3,5
Abschreibungen	5,4	8,0	7,4	8,0	8,0	7,9	7,0
Bruttonationaleinkommen	6,3	6,8	4,9	8,3	5,4	5,8	4,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	6,7	5,0	3,8	6,8	3,4	4,4	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,7	5,0	4,4	5,7	4,3	4,5	4,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	5,2	2,4	9,4	1,2	4,0	0,8

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 595,7	1 653,7	1 706,5	791,5	862,2	816,9	889,6
Nettolöhne und -gehälter	1 064,2	1 116,8	1 149,7	524,0	592,8	539,7	610,0
monetäre Sozialleistungen	674,0	680,8	706,2	337,8	343,0	350,1	356,0
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	142,5	144,0	149,4	70,4	73,6	72,9	76,4
übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	547,5	565,6	296,1	251,4	305,4	260,2
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-111,2	-101,7	-104,0	-48,5	-53,2	-51,5	-52,5
Verfügbares Einkommen	2 013,3	2 099,4	2 168,1	1 039,1	1 060,3	1 070,8	1 097,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,8	62,8	30,0	31,7	30,5	32,2
Konsumausgaben	1 763,0	1 962,6	2 059,1	952,3	1 010,3	1 010,6	1 048,5
Sparen	311,1	198,6	171,8	116,7	81,8	90,7	81,1
Sparquote (%) ⁶	15,0	9,2	7,7	10,9	7,5	8,2	7,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	3,6	3,2	3,2	4,0	3,2	3,2
Nettolöhne und -gehälter	4,2	4,9	2,9	5,6	4,3	3,0	2,9
monetäre Sozialleistungen	2,3	1,0	3,7	-1,3	3,4	3,6	3,8
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,5	1,0	3,8	-1,3	3,4	3,6	3,9
übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	3,5	3,3	6,1	0,7	3,1	3,5
Verfügbares Einkommen	1,9	4,3	3,3	4,2	4,4	3,0	3,5
Konsumausgaben	3,2	11,3	4,9	14,7	8,3	6,1	3,8
Sparen	-4,9	-36,2	-13,5	-40,7	-28,4	-22,3	-0,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	872,9	889,2	924,9	431,3	457,9	450,2	474,7
Nettosozialbeiträge	632,8	658,8	699,8	319,5	339,3	340,1	359,7
Vermögenseinkommen	15,8	15,9	18,6	8,4	7,5	11,0	7,6
sonstige Transfers	33,5	34,5	37,3	16,6	17,9	18,0	19,3
Vermögenstransfers	17,2	17,8	18,3	7,9	9,9	8,1	10,2
Verkäufe	133,4	138,6	143,2	63,9	74,6	66,2	77,0
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 705,8	1 754,9	1 842,1	847,7	907,2	893,6	948,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	560,5	594,0	617,7	284,2	309,7	300,3	317,4
Arbeitnehmerentgelt	294,1	302,1	312,2	145,8	156,4	150,1	162,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	20,4	20,1	10,9	9,5	10,7	9,4
Subventionen	105,0	67,4	54,7	35,5	31,9	23,6	31,1
monetäre Sozialleistungen	609,0	614,8	639,3	305,0	309,8	316,9	322,4
sonstige laufende Transfers	90,1	94,9	97,1	45,6	49,3	46,5	50,6
Vermögenstransfers	68,1	55,7	56,8	19,9	35,8	20,8	36,0
Bruttoinvestitionen	91,7	97,9	106,2	41,0	56,9	44,3	61,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 838,2	1 846,1	1 902,8	887,4	958,6	912,6	990,2
Finanzierungssaldo	-132,5	-91,2	-60,7	-39,7	-51,4	-19,0	-41,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	12,9	1,9	4,0	3,6	0,3	4,4	3,7
Nettosozialbeiträge	4,1	4,1	6,2	4,4	3,8	6,5	6,0
Vermögenseinkommen	-19,9	0,6	16,6	0,7	0,5	30,6	0,9
sonstige Transfers	38,2	3,1	7,9	5,7	0,8	8,1	7,8
Vermögenstransfers	11,1	3,3	3,1	3,9	2,8	3,3	2,9
Verkäufe	6,0	3,9	3,3	4,9	3,0	3,4	3,2
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	8,9	2,9	5,0	4,0	1,8	5,4	4,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,7	6,0	4,0	6,3	5,7	5,6	2,5
Arbeitnehmerentgelt	3,5	2,7	3,3	3,1	2,4	2,9	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,2	-2,6	-1,5	-1,0	-4,3	-2,0	-1,0
Subventionen	47,3	-35,8	-18,9	-35,2	-36,4	-33,6	-2,4
monetäre Sozialleistungen	2,3	1,0	4,0	-1,6	3,6	3,9	4,1
sonstige laufende Transfers	9,2	5,3	2,4	5,5	5,1	2,1	2,6
Vermögenstransfers	42,0	-18,2	1,9	-1,5	-25,3	4,2	0,7
Bruttoinvestitionen	0,9	6,7	8,4	3,9	8,9	8,1	8,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,4	0,4	3,1	0,1	0,8	2,8	3,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,4	-1,5	-2,1	-2,6	-1,0	-2,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Engin Akyurt, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 10. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.03.2022

ISSN 2195-8319